

Wöchentlich 85 Bl., monatlich 3,00 M., im voraus zahlbar. Vierteljahr 4,50 M., einschließlich 60 Bl. Postzeitung 1,- und 72 Bl. Postbelegblätter. Auslandabonnements 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Druckfahrsporto 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Samstags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Welt und Zeit“ ferner „Frauenstimme“, „Tasche“, „Bild in der Scherzerei“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbrille“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einspalt. Konversationszettel 50 Bl. Anzeigenzettel 3,- M. „Kleine Anzeigen“ das letzte gedruckte Wort 25 Bl. (außerdem zwei gedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Bl. Rabatt 1/2 Tarif. Einzelexemplare des ersten Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Bl. Familienanzeigen Seite 40 Bl. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Berlinstraße 3, wochentlich von 9^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Parteitag 1931.

Am 31. Mai in Leipzig.

Der Parteivorstand beruft hiermit den diesjährigen Parteitag zum 31. Mai und folgende Tage nach dem „Volkshaus“ in Leipzig ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse. Referent: Fritz Tarnow.
2. Die Ueberwindung des Faschismus. Referent: Rudolf Breitscheid.
3. Partei und Jugend. Referent: Erich Offenbauer.
4. Bericht der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: Wilhelm Sollmann.
5. Bericht des Parteivorstandes:
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: Max Westphal. b) Kasse. Berichterstatter: Konrad Ludwig.
6. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: Wilhelm Voß.
7. Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.
8. Erledigung der Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung nicht erledigt sind.

Der Parteitag setzt sich zusammen aus den in den Bezirksverbänden gewählten Delegierten, der Vertretung der Reichstagsfraktion, den Mitgliedern des Parteivorstandes, des Parteiaussschusses und der Kontrollkommission.

Anträge für die Tagesordnung des Parteitages werden nur behandelt, wenn sie von Parteiorganisationen gestellt und spätestens bis zum 28. April beim Parteivorstand eingereicht sind, damit sie laut Organisationsstatut § 13 Absatz 2 spätestens am 3. Mai im „Vorwärts“ veröffentlicht werden können.

Zum Parteitag gestellte Anträge, müssen jeder für sich auf ein besonderes Blatt Papier, einseitig beschrieben und mit der Angabe, zu welchem Punkt der Tagesordnung gehörig, versehen sein.

Wegen Wohnungsbeschaffung müssen sich die Delegierten rechtzeitig beim Lokalkomitee melden.

Adresse: Karl Schrörs, Leipzig, Tauchaer Straße 192/21.

Gastkarten für den Parteitag werden von dem Lokalkomitee in Leipzig ausgegeben; Zutrittskarten für die Berichterstatter der Presse nur vom Parteivorstand, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Der Parteivorstand.

Einspruch des Reichsrats.

Steuererhöhungen nicht zustande gekommen. — Lichtspielnovelle ist Gesetz.

Der Reichsrat hat gestern mit Mehrheit gegen die vom Reichstag auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossene Tantiemensteuer und Erhöhung der Einkommensteuer Einspruch erhoben.

Der Berichterstatter empfiehlt für den Einspruch gegen beide Gesetze folgende Begründung.

Der Reichsrat schließt sich der in wiederholten Rundgebungen vertretenen Ansicht der Reichsregierung an, daß in der heutigen Zeit, in der alles darauf ankommt, die Bildung von Privatkapital innerhalb der deutschen Grenzen zu fördern und das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken, es nicht vertretbar ist, die Steuern erneut anzuspinnen.

So sehr der Reichsrat eine Erleichterung der notleidenden Gemeindefinanzen für geboten hält, so muß er doch diesem Gesichtspunkt den Vorrang einräumen. Er spricht aber die bestimmte Erwartung aus, daß das Reich den durch die Unterstützung für die Wohlfahrtsberufslosen schwer belasteten Gemeinden mit größter Beschleunigung in anderer Weise ausreichende Hilfe zuteil werden läßt. Als sofort in Frage kommende Maßnahme muß die Verlingerung der Auslauffrist der Krisenunterstützung gefordert werden, damit nicht plötzlich eine große Zahl von Krisenunterstützten ausscheidet und den Gemeinden zur Last fällt.

Der Vorsitzende, Staatssekretär Zweigert, stellt darauf ohne besondere Abstimmung fest, daß der Reichsrat dem Vorschlag der Ausschüsse auf Einlegung des Einspruchs mit Mehrheit zustimmt. Hesse erklärt, daß es Stimmenthaltung läßt.

Kein Einspruch gegen Lichtspielnovelle.

Zu der vom Reichstag beschlossenen Novelle zum Lichtspielgesetz, wonach verbotene Filme vor bestimmten Personkreisen zur Vorführung zugelassen werden können, beantragt bayerischer Gefandier u. Prager den Einspruch des Reichsrats, da es nicht notwendig sei, aus der reformbedürftigen Materie des Lichtspielgesetzes jetzt einen einzelnen Punkt herauszugreifen. Der Antrag findet nicht genügende Unterstützung.

Entsprechend dem Vorschlag des Berichterstatters beschließt der Reichsrat, Kenntnis zu nehmen ohne Einspruch einzulegen.

Offhilfe und Etat.

Durch Kennzeichnung werden ferner die Reichstagsbeschlüsse über die Offhilfe Gesetze, über Zolländerungen,

über die Verlängerung der Pachtshufordnung, über die Verschärfung der Versicherungsaufsicht, über das Gesetz gegen Waffennutzung und über den Schiffsfahrervertrag endgültig bestätigt. Bei der Zollvorlage übte der Vertreter Bremens Stimmenthaltung.

Entsprechend dem Antrag des Berichterstatters beschloß der Reichsrat, dem Haushalt endgültig zuzustimmen.

In einer Entschließung spricht der Reichsrat für den Fall des Erlasses von Notverordnungen die Erwartung aus, daß unbeschadet des Art. 67 der Reichsverfassung die Reichsregierung, wenn durch eine Notverordnung die Länder und Gemeinden berührt werden, vorher mit dem Reichsrat Fühlung nehmen wird.

Auf Grund der Erklärungen, die die Reichsregierung in den letzten Tagen zu den Steueranträgen der Sozialdemokratie abgegeben hatte, war anzunehmen, daß die Verabschiedung der Anträge im Reichsrat nicht einstimmig erfolgen werde. Bei dem Beschluß des Reichstags über die Erhöhung der Einkommensteuer konnte man aus gewissen Anzeichen entnehmen, daß sich im Reichsrat eine Mehrheit für einen Einspruch finden werde, zumal das preussische Kabinett unter Ueberstimmung der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder beschlossen hatte, im Reichsrat für einen Einspruch gegen das Gesetz zu stimmen.

Die Beschlüsse des Reichsrats haben zur Folge, daß praktisch für bestimmte Zwecke im Reichshaushalt für 1931 keine Mittel zur Verfügung stehen. Die ablehnende Haltung des Reichsrats trifft vor allem die in den Etat eingesehten 5 Millionen Mark zur Sanierung der Knappschaftsversicherung, die mit den Einnahmen aus der Tantiemensteuer direkt verknüpft worden waren. Einer Sanierung der Knappschaftsversicherung sind durch den Reichsratsbeschluß außerordentlich große Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden. Zur Deckung des wegen des Fortfalls der beiden Steuererhöhungen außerdem noch bestehenden Fehlbetrags hat der Reichsrat wesentliche Streichungen im Reichshaushalt nicht vorgenommen. Insbesondere sind die auf sozialdemokratischen Antrag in den Etat eingesehten 3 Millionen Mark zur Durchführung der Kinderfütterung nicht angetastet worden. Dafür verweist der Reichsrat auf die der Regierung im Haushaltsgesetz gegebene Ermächtigung zu Einsparungen an geschätzlichen gebundenen Ausgaben. Man wird also wohl schon in der nächsten Zeit gewissen Haushaltsabstrichen durch die Reichsregierung entgegensehen müssen.

Ein erster Abschnitt.

Nach der Vertagung des Reichstags.

Von Paul Hertz.

Mit der rechtzeitigen Annahme des Reichsetats hat der Reichstag eine Tat vollbracht, die noch vor wenigen Monaten als fast unmöglich angesehen wurde. Nur einmal, im Jahre 1928, ist es seit dem Ausbruch des Weltkrieges gelungen, den Reichsetat rechtzeitig zu verabschieden, in allen übrigen Jahren wurde ganz oder teilweise mit Notetats gearbeitet. Aber wie günstig war damals die finanzielle und politische Lage Deutschlands im Vergleich zu der jetzigen, die durch die Weltwirtschaftskrise, die Belastung der deutschen Wirtschaft mit fünf Millionen Arbeitslosen, den drohenden Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen und die Erschütterung des Vertrauens als Folge des 14. September als fast ausweglos angesehen wurde! Es ist verständlich, daß die Reichsregierung angesichts dieser gewaltigen Häufung von Schwierigkeiten noch im November die Absicht hatte, den Reichsetat für 1931 durch die Notverordnung vom 1. Dezember in Kraft zu setzen. Man glaubte nicht daran, daß der Reichstag ihn ordnungsgemäß beraten und rechtzeitig verabschieden könne, man zweifelte an seiner Arbeitsfähigkeit, und man wollte ihn deshalb sobald als möglich wieder vertagen.

Hermann Müller war es, der diese Pläne der Reichsregierung durchkreuzte. Im Namen der Sozialdemokratie erhob er Einspruch, daß der Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt werde, daß man ihm mit Hilfe des Artikels 48 das Statut nehme. Er verlangte, daß wenigstens der Versuch gemacht werde, die Arbeitsfähigkeit des Parlaments im Kampf um die Annahme des Etats wieder herzustellen. Die Sozialdemokratie verhehlte sich keinen Augenblick, daß diese Aufgabe ungeheuer schwierig sei und gerade ihr eine schwere Verantwortung aufbürden werde. Sie entschied sich trotzdem für diesen dornenvollen Weg, um alles getan zu haben, den Parlamentarismus zu retten und das Abgleiten in die Diktatur zu verhindern.

Daß dieser Entschluß richtig war, wird nicht nur dadurch bewiesen, daß das angestrebte Ziel erreicht worden ist. Durch den Auszug von Nationalsozialisten und Deutschnationalen wurden zwar die Beratungen technisch vereinfacht und erleichtert. Aber die dadurch geschaffene Scheinmehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten stellte gleichzeitig eine politische Belastungsprobe dar, die leicht zur völligen Arbeitsunfähigkeit des Reichstags hätte führen können. Sie vergrößerte die Verantwortung der Sozialdemokratie. In den Augen der Massen wurde sie im Parlament zum entscheidenden politischen Faktor. Man erwartete von ihr, daß sie jetzt der bürgerlichen Minderheit ihre Bedingungen diktieren würde. Aber diese Anschauung übernahm vollkommen, daß das entweder dazu führen würde, die noch im Parlament verbliebenen Rechtsgruppen auch zum Verlassen des Parlaments zu veranlassen — wodurch automatisch die Unfähigkeit des Reichstags, überhaupt Beschlüsse zu fassen, herbeigeführt worden wäre, — oder sie zu zwingen, sich den Hitler und Hugenberg in die Arme zu werfen, die dann als die Retter und zugleich die Herrscher zurückgekehrt wären.

Die Sozialdemokratie mußte von dieser Scheinmehrheit um so vorsichtiger Gebrauch machen, als die letzte Entscheidung über die Beschlüsse des Reichstags im Reichsrat fällt. Die Mehrheitsverhältnisse im Reichsrat sind aber ganz anders als im Reichstag und deshalb hat der Reichsrat den Beschlüssen des Reichstags mehrmals seine Zustimmung verweigert. Das ist z. B. bei dem Beschluß der Fall gewesen, den der Reichstag über die Wiederherstellung der zollfreien Einfuhr von Gefrierfleisch gefaßt hat, und dasselbe Schicksal ereilte auch die Verbesserung des Brotgesetzes. Wider Erwarten ist das jetzt sogar bei den Steuererhöhungen eingetreten, die unter der Führung der Sozialdemokratie gegen den Willen der Regierung vom Reichstag beschlossen worden waren. Obgleich sowohl für die Erhöhung der Aufsichtsratssteuer als auch für die Erhöhung des Notopfers der höheren Einkommen eine ganze Anzahl von bürgerlichen Abgeordneten gestimmt haben und obgleich die Erträge dieser Steuererhöhungen größtenteils den Ländern und Gemeinden zufließen sollten, hat der Reichsrat beide Steuererhöhungen abgelehnt.

Unter diesen Umständen mußte sich die Sozialdemokratie damit begnügen, alles zu versuchen, um die gefährdeten sozialen Errungenschaften zu schützen. Die Ermächtigung zur Sparsamkeit, die der Reichsregierung erteilt worden ist, gilt nicht für die gesetzlich gebundenen Ansprüche. Veränderungen in der Sozialversicherung und bei den Leistungen an die Kriegsbeschädigten können daher nur auf dem in der

Vorfassung vorgehenden Weg herbeigeführt werden. Zwar ist das kein absoluter Schutz, da der Reichsregierung neben dem Weg der ordentlichen Gesetzgebung auch der der Notgesetzgebung durch Artikel 48 zur Verfügung steht. Aber die Reichsregierung weiß, daß Absichten, auf dem Wege über den Artikel 48 Kürzungen an den fargen sozialen Leistungen vorzunehmen, nicht nur auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratie, sondern auch der Gewerkschaften aller Richtungen stoßen würden. Die Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung der Zölle ist gegenüber den ursprünglichen Absichten der Regierung sehr stark eingeschränkt worden. Der Schutz der Konsumenten gegen eine Steigerung der Lebensmittel bzw. des Brotpreises wurde so eindeutig festgelegt, wie das gesetzestheoretisch möglich ist.

Immerhin wird man damit rechnen müssen, daß die parlamentarische Erledigung des Reichsetats erst den Anfang der Sanierung der deutschen Wirtschaft bedeutet und nicht das Ende. Kann man auch hoffen, daß nun das für eine Behebung so wichtige Vertrauen des In- und Auslandes vergrößert wird und eine Verminderung der Erwerbslosenzahl eintritt, so bleiben dennoch noch große Aufgaben zu lösen. Es hat sich herausgestellt, daß die Senkung der Löhne, von der sich die Reichsregierung eine Verminderung der Erwerbslosenzahl versprochen hat, ihr Steigen nicht hat verhindern können. Nicht Lohnabbau, sondern Erhaltung des Reallohns muß deshalb der Kern der Wirtschaftspolitik sein. Daneben ist an die Arbeitsstreckung als Mittel zur Verminderung des Erwerbslosentums zu denken.

Auf keinen Fall darf die weitere Sanierungsarbeit auf dem Rücken der breiten Massen der Bevölkerung ausgetragen werden. Schon melden sich die Ratgeber, die die Regierung mahnen, die vom Reichstag beschlossene Vertagung zu bemühen, um selbständig die ihr geeignet erscheinenden Eingriffe vor allem in die Sozialversicherung vorzunehmen. Es sei dem Reichstag nicht zuzumuten, daß er in seiner jetzigen Zusammensetzung so unpopuläre Maßnahmen billige. Der Weg der Notverordnung sei auch jetzt der geeignete Weg. Wir können gegenüber solchen Absichten nicht früh und erst genug zur Zurückhaltung und Besonnenheit mahnen. Die Sozialdemokratie und mit ihr die arbeitenden Volksmassen haben entscheidend mitgewirkt, daß Demokratie und Parlamentarismus erhalten geblieben sind. Damit haben sie die Grundlage für die Wiederherstellung des Vertrauens gelegt, die für eine Wirtschaftsbelebung unerlässlich ist. Sie verlangen nunmehr aber auch, daß der weitere Weg der Sanierung nicht mit neuen Opfern für sie belastet wird. Weder Lohnabbau noch Sozialabbau sind geeignete Maßnahmen, um die Wirtschaftskrise zu überwinden. Sie gefährden auch die politische Beruhigung und erschweren den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und Massenelend.

Die Arbeitslosenfrage.

Vorschläge der Gutachterkommission ausgearbeitet.

Die Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage hat bisher fünf Sitzungen von je drei Tagen abgehalten. Sie hat zu den Fragen einer besseren Arbeitsverteilung und zu den Fragen der Arbeitsbeschaffung in ausführlichen Beratungen Stellung genommen. Die Verhandlungen über die Fragen einer Regelung der Arbeitszeit und der Behandlung der Doppelverdiener sind abgeschlossen.

Die Kommission wird ihre Gutachten hierüber noch vor Ostern der Reichsregierung zuleiten. Jedem Gutachten werden formulierte Vorschläge zu Maßnahmen der privaten Wirtschaft, der Verwaltung und der Gesetzgebung beigelegt sein.

Die Kommission wird in der zweiten Woche nach Ostern während vier Tage ihre Beratungen fortsetzen, um dann auch das im wesentlichen bereits feststehende Gutachten zu dem ganzen Fragenkomplex der Arbeitsbeschaffung ebenfalls abzuschließen. Unmittelbar daran anschließen werden sich Beratungen über die unterstützende Arbeitslosenhilfe.

Notverordnung gegen radikalen Terror!

Abwehrmaßnahmen gegen die Bürgerkriegsgehe.

Auf der Konferenz der Minister des Innern, die vor einiger Zeit unter dem Vorsitz von Dr. Wirth im Reichsministerium des Innern stattfand, ist im Anschluß an den Hamburger Mordfall vereinbart worden, daß die gesetzlichen Vorschriften zur Abwehr radikaler Tatzelle in der Politik verschärft werden sollen. Da es nicht möglich war, dem Reichstag rechtzeitig eine Vorlage zu unterbreiten, wird, wie wir hören, Anfang nächster Woche auf Grund des Artikels 48 eine entsprechende Notverordnung erlassen werden. Sie dürfte Änderungen im Verleumdungs- und Versammlungsrecht, verschärfte Bestimmungen gegen Waffenbesitz und Waffenhandel und Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die Aufforderung zu politischen Gewalttaten enthalten.

Morgan stabilisiert die Peseta.

Ein 60-Millionen-Dollar-Kredit.

Wie aus Madrid gemeldet wird, ist zwischen Spanien und Morgan, der amerikanischen sowie der französischen Banque de Paris des Pays-Bas, die europäische Bankgruppe vertritt, ein Anleihevertrag über 60 Millionen Dollar abgeschlossen worden. Von Morgan sollen 38, von den europäischen Banken 22 Millionen Dollar besorgt werden. Das spanische Finanzministerium erklärt, daß der Kredit zur Stabilisierung der spanischen Währung verwendet wird.

Die Beisehung der Asche.

Neben den Veteranen der Partei in Berlin-Friedrichsfelde.

Die Beisehung der Asche von Hermann Müller findet Mitte nächster Woche in Berlin-Friedrichsfelde statt. Hier sind u. a. auch Paul Singer, Karl Legien, Richard Fischer und Adolf Braun zur letzten Ruhe beigesetzt.

Der Wirbel um die Zollunion.

Henderson ermahnt Deutschland.

London, 27. März.

Reuter meldet aus Paris: Bei einem Presseempfang sagte gestern abend der britische Staatssekretär des Äußeren Henderson u. a.: Ich warie noch auf eine Mitteilung der deutschen und der österreichischen Regierung, ob sie die Anregung annehmen werden, die ich in der Frage des geplanten Zollabkommens gemacht habe. Es gibt sehr viele Gründe, aus denen ich glaube, daß der Weg, den ich mir erlaubt habe, den beiden Regierungen vorzuschlagen, beschritten werden sollte. Vor allem ist das Protokoll von 1922 unter den Auspizien des Völkerbundes aufgestellt worden, und wenn es unter irgendwelchen Umständen des Protokolls eine Meinungsverschiedenheit gibt, scheint es mir, daß die Körperschaft, unter deren Leitung das Protokoll geschaffen wurde, zum mindesten Gelegenheit haben sollte, die Sache zu prüfen, und ich hoffe auf eine günstige Mitteilung in diesem Zusammenhang. Auf die Frage, was geschehen werde, wenn Deutschland offiziell auf dem Standpunkt beharre, daß der Völkerbund nicht zuständig sei, erwiderte Henderson: Ich würde die Lage sehr ernstlich zu erwägen haben.

Ich kann mir aber nicht denken, daß dies die endgültige Stellungnahme der deutschen Regierung sein wird.

angesichts der eben erwähnten Tatsache, daß das Protokoll von 1922 ein Werk des Völkerbundes ist.

In Beantwortung einer weiteren Frage erklärte Henderson: die britischen Sachverständigen prüfen noch die rechtliche Seite des Falles.

Henderson berät im englischen Auswärtigen Amt.

London, 27. März. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson, der am Freitag nach London zurückgekehrt ist, hatte sofort nach seiner Ankunft im Auswärtigen

Amt eine Besprechung über die deutsch-österreichische Zollunion. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Protest des französischen Senatsausschusses.

Paris, 27. März.

Der Senatsausschuß für Handels- und Zollfragen hat heute zum deutsch-österreichischen Zollangebotsprotokoll Stellung genommen und folgende Entschlieung gefaßt:

„Der Ausschuß hält die geplante deutsch-österreichische Zollunion für geeignet, die Handelsbeziehungen zu beiden Ländern, um nur bei der wirtschaftlichen Seite der Frage zu bleiben, ernstlich zu fördern. Er fordert die Regierung dringend auf, in Verhandlungen einzutreten und alle Maßnahmen zu treffen, damit den aus dem Vertrag sich ergebenden Rechten weder direkt noch indirekt Abbruch getan wird.“

Sozialdemokratische Interpellation im Schweizer Nationalrat.

Bern, 27. März. (Eigenbericht.)

Der sozialdemokratische Nationalrat August Huggler hat im Parlament eine Interpellation über die deutsch-österreichische Zollunion eingebracht, in der der Bundesrat gefragt wird, welche Rückwirkungen er von der deutsch-österreichischen Zollunion oder ähnlichen Abkommen zwischen verschiedenen Staaten auf die schweizerische Volkswirtschaft erwarte. Ferner wird der Bundesrat gefragt, ob er der Meinung sei, daß die Schweiz alle Möglichkeiten auszunutzen solle, die auf die Niederlegung der Zollmauern zwischen verschiedenen Ländern hinzielen und ob er bis dahin verfolge, eventuell durch Beitritt zu einem internationalen Wirtschaftsabkommen die Lage der Schweiz zu verbessern.

Zollunion und Anschluß.

Ein Vortrag des Genossen Karl Renner in Berlin.

Eine stark besuchte Festversammlung des Österreichisch-deutschen Volksbundes im Hause des Reichsbankpräsidenten Paul Pöhl für sein zehnjähriges Jubiläum in der Anschlussbewegung. Den Festvortrag hielt der erste Staatskanzler der Republik Deutsch-Österreich.

Dr. Karl Renner-Wien.

Er begann mit einem Rückblick auf die Anschlussbewegung, die sofort nach dem Zerfall der alten Monarchie in Deutsch-Österreich entstanden ist und die selbstverständliche Rückkehr dieses deutschen Landes zum Reich forderte, dem es 900 Jahre lang angehört hat. In den Tagen des 11. und 12. November 1918, als im Reich noch ganz andere Dinge im Vordergrund standen, hat der Staatsrat und die Nationalversammlung in Wien einstimmig die vorläufige Verfassung beschlossen, die Deutsch-Österreich zur demokratischen Republik und zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärte; ebenso einstimmig wurde Eudo Harimann zur Durchführung dieses Beschlusses als Gesandter nach Berlin geschickt. Einstimmig hat die Nationalversammlung in Weimar 1919 gleichfalls die Vereinigung der beiden Republiken beschlossen und Eudo Harimann sowie seine Mitarbeiter zur Teilnahme an den Arbeiten des Verfassungsausschusses in Weimar eingeladen.

Diese Vorgeschichte widerlegt für alle Zeiten die Behauptung von einem imperialistischen oder annexionalistischen Charakter des Anschlussgedankens.

Rechtliche und wirtschaftliche Angleichung ist uns nicht verwehrt. Der Zollunionsplan der beiden Regierungen ist nicht aus

der Anschlussidee entstanden, sondern aus der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Gelingt der russische Fünfjahresplan, so stehen damit alle anderen Staaten den beiden Wirtschaftsmächten USA und USSR wirtschaftlich als Zwerge gegenüber. Briand hat Panuropa zu einem Programm gemacht. In Genf hat die Weltwirtschaftskonferenz und die Zollfriedenskonferenz tagt. Man predigt Abbau der Zollmauern, die ganze Welt erkennt das an, aber praktische Ergebnisse sind nicht erreicht. Aus dieser allgemein-europäischen Bedrängnis ist der Gedanke der Zollunion bei den zwei Regierungen entstanden. Er will nur, daß die beiden Staaten von ihrer Souveränität einen wirtschaftlich vernünftigen Gebrauch machen. Die beiden Staaten erklären, wer mitgehen will, ist willkommen.

Das ist nicht der Anschlussgedanke, eher der Gedanke der Föderation der europäischen Demokratie.

Renner erinnert daran, daß er als Staatskanzler in seiner Begründungsrede für die vorläufige Verfassung neben dem Anschluß diese alleuropäische, demokratische Föderation als Ausweg bezeichnet hat. Er führt zum Schluß aus: „Die weltumfassende Bewegung nach großen Wirtschaftsgebieten war der Anlaß zu der Aktion der beiden Regierungen. Im Rahmen einer demokratischen, europäischen, wirtschaftlichen und politischen Union ist diese Grenze von Passau eine solche Kleinigkeit, daß ihre Beseitigung gar keine Rolle spielen wird. Unser Ziel bleibt die Einheit der Deutschen in all ihren Stämmen, die Freiheit der deutschen Nation im Rahmen der Völker.“

Die Versammlung dankte Renner durch stürmischen Beifall.

Friedrich Bartels 60 Jahre!

Am heutigen Sonnabend begeht Genosse Friedrich Bartels, Präsident des Preussischen Landtags und Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, seinen 60. Geburtstag.

Aus kleinsten Anfängen hervorgegangen, arbeitete sich Friedrich Bartels schon in jungen Jahren zu einem maßgebenden Funktionär der deutschen Arbeiterbewegung empor. Er begann seine Laufbahn in der Gewerkschaftsbewegung, übernahm später das Amt eines Sekretärs in der Sozialdemokratischen Partei und wurde 1913 in deren Vorstand berufen. In der Zwischenzeit und auch später sah ihn die Öffentlichkeit dank des Vertrauens, dessen er sich nunmehr seit Jahrzehnten in allen Schichten der Arbeiterbewegung erfreuen darf, wiederholt in wichtigsten Vertretungsstellen der Sozialdemokratischen Partei. Eine ganz besondere Ehre wurde ihm vor Jahren durch die Wahl zum Präsidenten des Preussischen Landtages zuteil. Seine Sachlichkeit, sein Tatgefühl und sein ausgezeichneter Charakter liehen ihn zu diesem hohen Amt besonders berufen erscheinen. Das Vertrauen, das eine große Mehrheit des Preussischen Landtages seinerzeit in seine Objektivität und seine Fähigkeit zur Führung der Geschäfte des preussischen Parlaments setzte, hat Friedrich Bartels voll und ganz gerechtfertigt.

Unsere herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage gelten dem Menschen und dem Politiker Friedrich Bartels. Wir verbinden sie mit der Hoffnung, daß es ihm noch recht lange vergönnt sein möge, weiterhin an verantwortungsvoller Stelle im Interesse der deutschen Arbeiterklasse erfolgreich zu wirken.

Vertrauensvotum für Gandhi.

Im Vollzugsausschuß des Nationalkongresses.

London, 27. März. (Telefon.)

Der Vollzugsausschuß des indischen Nationalkongresses hat beschlossen, das Abkommen zwischen Gandhi und dem Vizekönig von Indien anzunehmen. In einer Entschlieung dazu wird darauf hingewiesen, daß das Ziel der indischen

Nationalbewegung die Unabhängigkeit Indiens bleibe. Indien müsse die volle Kontrolle über die auswärtigen Beziehungen sowie über die Finanz- und Zollpolitik erhalten. Sämtliche politischen Gefangenen ohne Ausnahme müßten aus den Gefängnissen entlassen werden. Burma solle das Recht der Selbstbestimmung erhalten, jedoch müsse die öffentliche Meinung in Burma vorher befragt werden, ehe die Trennung von Indien vorgenommen werden dürfe.

Gandhi erhielt vom Vollzugsausschuß ein Vertrauensvotum und wurde zum Leiter der Abordnung des Kongresses ernannt, die an einer neuen englisch-indischen Konferenz teilnehmen soll. Gandhis Aufgabe wird es nunmehr sein, den Nationalkongress zur Annahme dieser Beschlüsse zu bewegen, was im Hinblick auf die wachsende Opposition gegen ihn mit gewissen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte.

Gandhi spricht vor 60000 Menschen.

Bombay, 27. März. (Eigenbericht.)

Gewaltige Menschenmassen strömen zum all-indischen Kongress nach Karachi. Gandhi legte noch einmal seine Friedenspolitik in einer Massenversammlung dar, die von 60000 Menschen besucht war. Der allindische Führer erklärte, er werde an seiner Versöhnungspolitik festhalten, selbst wenn er sterben müßte. Die Stimmung ist bedeutend ruhiger und Gandhi gewinnt zusehends an Boden. Unerschöpflich bleiben jedoch Kehr und die nationalistische Jugend. Ihr Führer Bose verlangt eine nationalindische indische Republik.

123 Tote in Crownpur.

Bombay, 27. März. (Eigenbericht.)

In Crownpur ist die Zahl der Toten auf 123 gestiegen. In Burma und an der nordwestlichen Grenze dauern die Bandenfehden noch an. Ein Teil der Aufständischen wurde festgenommen.

Fischerabkommen. Nachdem jetzt sämtliche beteiligten Staaten das Abereinstimmen über die Regelung der Schotten- und Flunderfischerei in der Dfsee ratifiziert haben, tritt die Vereinbarung endgültig am 3. April 1931 in Kraft.

Freude über Disziplinbruch.

Hugenberg hofft auf Kämpfe in der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat durch ihre kluge Taktik die Rechtsopposition um den erwarteten Erfolg gebracht. Hitler und Hugenberg wollten durch den Auszug ihrer Rannen aus dem Reichstag der Demokratie den Todesstoß versetzen; statt dessen haben sie sich selber eine Blamage zugefügt, die ihnen tödlich zu werden droht. In der Verlegenheit, ihren Anhängern einen Erfolg ihres törichten Treibens nachzuweisen, haben sie sich nun der Vorgänge in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bemächtigt.

Unter der triumphierenden Ueberschrift „Die torpedierte SPD.“ berichtet die deutschnationale Parteikorrespondenz über jenen Beschluß des Bezirksvorstandes von Chemnitz, der den Abgeordneten empfahl, gegen die Fraktionsdisziplin zu handeln. Sie drückt begeistert einen Artikel der sozialdemokratischen „Volkszeitung“ für das „Vogtland“ nach, in dem die herkömmliche Fraktionsdisziplin als „Kleinmännchendisziplin“ verspottet und ihre Vertreter als „Schädiger der Partei“ bezeichnet, und bemerkt dazu:

Der Torpedo scheint gut gefessen zu haben — der Torpedo, den die nationale Opposition gegen die Brüning-Mehrheit und die Sozialdemokratie gerichtet hat. Warten wir in Ruhe ab, welche weiteren Explosionen folgen werden!

Der Disziplinbruch der neun und die aufgeregte Schreiberlei der „Volkszeitung für das Vogtland“ haben also zunächst den Erfolg gehabt, den Rannen Hugenberg und Hitlers neuen Mut einzulößen.

Kronzeuge Gontard.

Der Verteidigungsprozeß gegen Rechtsanwalt Rosenfeld.

Das Landgericht III verhandelte gestern zum zweitenmal in der Sache des Kronzeugen des Reichsgerichts im Bullerjahn-Prozeß, des Herrn v. Gontard, gegen Bullerjahns jetzigen Verteidiger, Genossen Dr. Kurt Rosenfeld, auf Unterlassung. Bekanntlich hat Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld in einem offenen Schreiben an Staatssekretär Joel erklärt, Herr v. Gontard habe sich versucht die Erpressung und Urkundenfälschung zuzuschulden kommen lassen. Der Vertreter des Klägers hatte erst im letzten Augenblick dem Gericht und den Vertretern des Beklagten Dr. Rosenfeld, den Rechtsanwältin Otto Landsberg und Dr. Schönfelder, einen ausführlichen Schriftsatz überreicht, in dem der Versuch gemacht wird, die Behauptungen von der versuchten Erpressung und Urkundenfälschung zu widerlegen.

Eigentümlicherweise beruft sich dieser Schriftsatz ausgerechnet auf eben dasselbe Material, das zur Behauptung der Erpressung Anlaß gegeben hat. In einem Brief an Herrn von Stauß, dem Direktor der Deutschen Bank, vom 24. Juni 1925, schreibt Herr v. Gontard u. a.:

„Ich habe auch Sie, Herr v. Stauß, gewarnt, jedes aggressive Vorgehen gegen mich zu unterlassen, da sonst ein öffentlicher Skandal unvermeidlich ist, der den drei beteiligten Banken und vor allem Ihnen selbst, als dem eigentlichen spiritus rector (geistigen Urheber), der die ganze Frage ausgetrocknet hat, peinlich werden würde. Ich muß Sie persönlich daher auch für alle weiteren Konsequenzen verantwortlich machen... Ich füge eine Kennenart hier bei, die ich nach unserer letzten Unterredung niedergeschrieben habe...“

Diese famose Kennenart lautet: „Die ins Rollen gebrachte Kugel kann leicht zur vernichtenden Laminie werden. — Ich warne, irgendeine Veränderung in der Verwaltung der DM (Daimler-Motoren-Gesellschaft) vorläufig eintreten zu lassen, nach dem Grundsatze, quiesca non movetur (Ruhendes nicht in Bewegung setzen), andernfalls ein öffentlicher Skandal à la Barman unvermeidlich ist.“

Rechtsanwalt Dr. Schönfelder beantragte die Vertagung der Verhandlung, damit er, Rechtsanwalt Otto Landsberg und Dr. Rosenfeld die Möglichkeit haben, den Schriftsatz durchzuarbeiten. Das Gericht war zu einer Uneraumung eines neuen Termins bereit. Bevor es zur Vertagung kam, stellte aber der Vorsitzende fest, was für Beweise noch zu erheben wären. Unter anderem hielt er es für erforderlich, die Bullerjahn-Akten vom Reichsgericht zwecks Einsicht einzufordern. Es müßte festgestellt werden, meinte er, inwiefern die Verbreitung des Wiederaufnahmeverfahrens den offenen Brief Rosenfelds rechtfertige, ob er bei der Aufstellung seiner Behauptungen noch in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt oder die Grenzen der Verteidigung überschritten habe.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld meinte darauf, daß die Reichsgerichtsakten bis jetzt allerdings ständig vom Reichsgericht benötigt worden seien, da immerzu Erklärungen und Gegenüberstellungen abgegeben werden. Augenblicklich befinde sich jedoch das Betreiben des Wiederaufnahmeverfahrens auf einem toten Punkte. Somit stehe jedoch fest, gerade die Furcht in die Öffentlichkeit habe der Wiederaufnahmegesellschaft einen heftigen Anstoß gegeben.

Der Vertreter des Herrn v. Gontard, Rechtsanwalt Dr. Berg, hielt seinerseits die Einsicht der Bullerjahn-Akten für überflüssig. Er bestreite nicht, daß Dr. Rosenfeld als Bullerjahns Verteidiger im Wiederaufnahmeverfahren tätig sei; die von ihm öffentlich aufgestellten Behauptungen hätten jedoch mit dem Betreiben des Wiederaufnahmeverfahrens nichts zu tun.

Rosenfeld erwiderte darauf, daß die von ihm aufgestellten Behauptungen, Herr v. Gontard hätte sich versucht Erpressung und Urkundenfälschung zuschulden kommen lassen, seien für ihn als Bullerjahns Verteidiger von größter Bedeutung; sie ließen sich auf die Glaubwürdigkeit Herrn v. Gontards als Kronzeuge des Reichsgerichts zu.

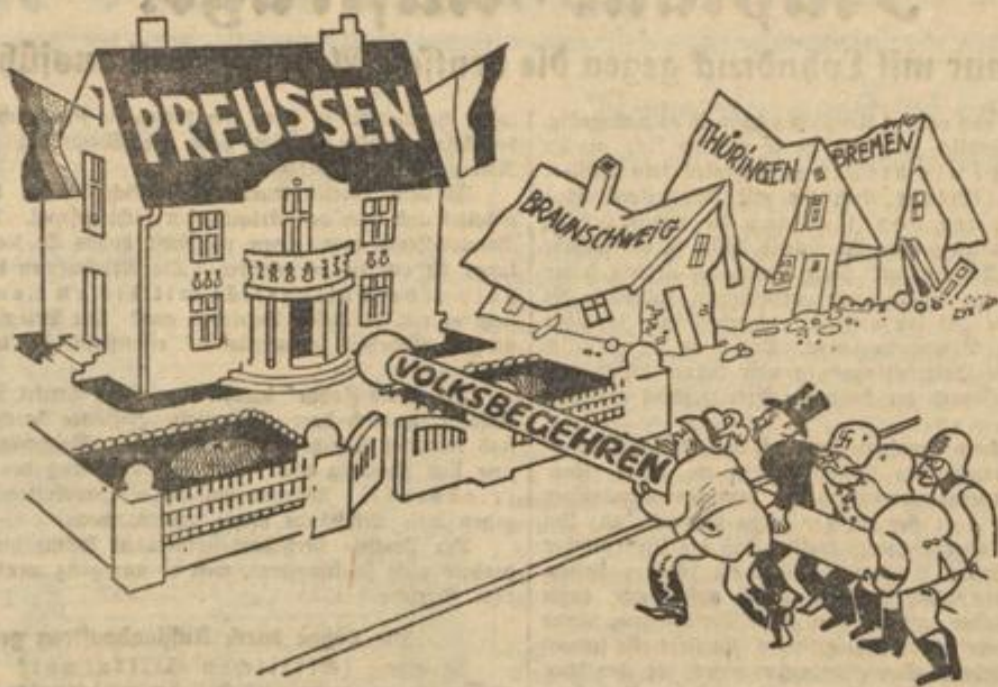
Das Gericht beschloß, die nächste Verhandlung auf Anfang Juni festzusetzen.

Sturm im Ulstein-Prozeß.

Rechtsanwalt Alsborg unterbricht sein Plädoyer.

Der Prozeß Bernhardi gegen Ulstein erlitt gestern eine gänzlich unvorhergesehene Unterbrechung. Als Rechtsanwalt Dr. Alsborg in seinem Plädoyer die Behauptung aufstellte, man habe den französischen Ministerpräsidenten Lardieu zu seinem Brief über die Existenz von Koll.-Ulstein-Akten durch Vorlegung gefälschter Matthes-Dokumente veranlaßt, kam es bei der Gegenpartei Professor Bernhardi, Rechtsanwalt Dr. Frankfurt und Rechtsanwalt Otto Landsberg geradezu zu einem Proteststurm. Rechtsanwalt Alsborg erklärte darauf, er sei zu erregt, um seine Rede fortzusetzen; er würde in seinem Plädoyer erst am nächsten Morgen fortfahren. Auf die Einwendung des Amtsgerichtsrates Bues hin erbat Rechtsanwalt Alsborg eine halbstündige Pause. Die halbe Stunde war zu Ende, Rechtsanwalt Alsborg erschien aber nicht. Eine telefonische Rücksprache des Amtsgerichtsrates Bues mit ihm ergab, daß er völlig zusammengebrochen sei, und daß der hinzugezogene Arzt selbst das Erscheinen des Patienten für den heutigen Morgen im Gerichtssaal in Zweifel stellte.

Stahlhelm-Volksbegehren.



„Da steht noch ein sauberes solides Haus. Das muß gerammt werden!“

Kredit für die Reichsanstalt.

Die Reichsbank leiht der Arbeitslosenversicherung 83 Millionen.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat nach längeren Verhandlungen mit der Reichsbank einen Ueberbrückungskredit von 83 Millionen zur Deckung des durch die Abhängung von dem Reichshaushalt und den Rückgang der Beiträge bedingten vorübergehenden Mehrbedarfs erhalten.

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung bedarf eines Kredites für die Zeit vom 1. April an aus dem Grunde, weil von diesem Tage an das Reich keine Zuschüsse mehr leistet, auf der anderen Seite aber wenigstens bis zum Mai voraussichtlich die Zahl der arbeitslosen Unterstützungsempfänger noch so groß ist, daß trotz der Beitragserhöhung auf 6,5 Proz. die regulären Einnahmen zur Auszahlung der Unterstützungen nicht ausreichen. Der Kredit beträgt 83 Millionen Mark und ist im Laufe des neuen Haushaltsjahres aus den Mehreinnahmen, die die Reichsanstalt regelmäßig im Sommer und Herbst erzielt, abzudecken.

Im Gegensatz zu früheren Angaben ist festzustellen, daß die Reichsbank den Kredit nicht gegen eine Reichsgarantie gegeben hat.

sondern gegen die Lombardierung von Reichsbahnvorzugsaktien aus dem Besitz des Reiches. Es wurde ein Paket von nominal 125 Millionen Mark mit 75 Proz. des gegenwärtigen Kurses lombardiert. Das Eigentum des Reiches an den Vorzugsaktien bleibt bestehen, es geht also nicht etwa an die Reichsanstalt über. Der Zinssatz für das Darlehen beträgt 1 Proz. mehr als der Reichsbankdiskont, zur Zeit also 6 Proz.; andere Kosten entstehen bei der Kreditaufnahme nicht.

Auch die weitere Vorbedingung, die die Reichsbank für die Gewährung des Kredites gestellt hatte, wird verwirklicht, indem die Bank in den Geldverkehr der Reichsbank eingeschaltet wird. Die Arbeitsämter werden angewiesen, sich, soweit es noch nicht geschehen ist, Reichsbankgironkonten anzulegen und ihren Geldverkehr über diese Konten abzuwickeln. Außerdem hat die Reichsanstalt die Verpflichtung übernommen, dafür zu sorgen, daß in möglichst weitem Umfang bei der Auszahlung der Unterstützungen Hartgeld verwendet wird. Die Reichsbank hofft offenbar, auf diese Weise ihre erheblichen Münzbestände sichtbar verringern zu können.

Das Personalreferat bei Severing.

Ministerialdirektor Dr. Brand will ausscheiden.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit: „Die „Königliche Zeitung“ bringt in ihrer Nr. 170 vom 27. März d. J. die Meldung, daß Ministerialdirektor Dr. Brand, der Leiter der Personalabteilung im preussischen Ministerium des Innern, aus seiner Stellung ausscheiden werde und bereits vor einigen Tagen zur Disposition gestellt worden sei.“

Diese Meldung ist irrig. Ministerialdirektor Dr. Brand ist nicht zur Disposition gestellt worden; es besteht auch nicht die Absicht, ihn zur Disposition zu stellen.

Zutreffend ist allerdings, daß Dr. Brand schon wiederholt den Wunsch geäußert hat, seine gegenwärtige, bereits viele Jahre wahrgenommene Tätigkeit mit einer anderen Stellung innerhalb des preussischen Staatsdienstes zu vertauschen. Wie und wann sich eine derartige Veränderung herbeiführen lassen wird, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen.

Der deutschnationale Landrat.

Landrat v. Biemarck in den einstweiligen Ruhestand versetzt

Der Landrat des Kreises Regenwalde in Pommern, von Biemarck in Labes, dessen Verhalten bereits früher bei der Durchführung des Volksbegehrens „Freiheitsgesetz“ zu Beanstandungen Veranlassung gegeben hatte, hat neuerdings in Köln auf einem sogenannten Kampfabend der Deutschnationalen Volkspartei unter der Devise „Nieder mit der roten Regierung in Preußen!“ eine Propagandarede für das Volksbegehren „Landtagsauflösung“ gehalten und dabei die preussische Staatsregierung und die von ihr verfolgte Politik in geschäftiger und aufreizender Form öffentlich angegriffen. Das preussische Staatsministerium hat daraufhin den Landrat durch Beschluß vom 26. März 1931 in den einstweiligen Ruhestand versetzt und den Regierungsrat Dr. Hüttenheim vom Oberpräsidium Stettin mit der Verwaltung des Landratsamts betraut.

Er hat nicht „Heil Hitler“ gerufen.

Falsche Behauptung über einen Polizeimajor.

Bei den Verhandlungen des Preussischen Landtags über den Etat des preussischen Innenministeriums wurde von einem Redner die Behauptung aufgestellt, daß der Polizeimajor Sander von der Polizeiverwaltung Berlin „Heil Hitler!“ gerufen hätte und deshalb suspendiert worden sei.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst feststellt, ist diese Behauptung unrichtig. Es haben seinerzeit Ermittlungen über angebliche ungehörige Äußerungen des Polizeimajors Sander geschwebt; doch ist dabei die völlige Schuldblosigkeit des Polizeioffiziers erwiesen worden.

Ein Zeitungsverbot aufgehoben. Der vierte Strafenat des Reichsgerichts hat durch Beschluß am Freitag das vom Dresdener Polizeipräsidenten gegen den nationalsozialistischen „Freiheitsstempel“ am 18. März erlassene Erscheinungsverbot aufgehoben.

Was wird in Thüringen?

Die Wirtschaftspartei will vermitteln.

Weimar, 27. März. (Eigenbericht.)

Der thüringische Landtagsabgeordnete der Wirtschaftspartei Flach erklärte in einer Versammlung in Ohrdruf, daß die Wirtschaftspartei nicht für die Mißtrauensanträge gegen die Nationalsozialisten Friedl und Marschler stimmen werde. Die jetzige Koalition müsse aufrechterhalten werden, da es fraglich sei, ob nochmals eine bürgerliche Mehrheit in Thüringen zustande käme. Wenn nicht, dann sei es mit der Selbstständigkeit Thüringens zu Ende. Heute stehe man vor der Frage, was wird aus Thüringen. Es gehe jetzt um Sein oder Nichtsein Thüringens. Es sei zu wünschen, daß es zwischen Nationalsozialisten und Volkspartei wieder zu einer Einigung komme.

Neun SA-Banden verurteilt.

Das Gericht bescheinigt ihnen unglaubliche Roheit.

Kassel, 27. März. (Eigenbericht.)

In dem Kasseler Landfriedensbruch-Prozeß gegen 10 Nationalsozialisten wurde am Freitag folgendes Urteil gefällt: Der Angeklagte Schweinfurth wird wegen Mordbeteiligung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Ochs und Wilhelm erhalten wegen schweren Landfriedensbruchs ebenfalls je 6 Monate Gefängnis. Gegen 6 Angeklagte erkennt das Gericht auf je 3 Monate Gefängnis; einer der angeklagten Nationalsozialisten wird freigesprochen.

Das Urteil bewegt sich im großen und ganzen im Sinne der Anträge des Staatsanwalts. In der Urteilsbegründung weist das Gericht darauf hin, daß die Schuld der Angeklagten einwandfrei feststeht, und sie in dem Versammlungsort in der Erwartung von Zusammenstößen planmäßig Aufstellung genommen hätten. Das sei auch der Grund für die Kenntlichmachung durch weiße Armbinden und das Bewaffnen mit Latzen und Knüppeln gewesen.

Die Urteilsbegründung weist ferner auf die unglaubliche Roheit des nationalsozialistischen Angriffs hin. Die Nationalsozialisten haben auf mehrfache Versammlungsbefucher, unter anderem auf einen alten Mann und einen Krüppel eingeschlagen, „wie auf altes Eisen“.

Einem im Verlauf der Schlägerei verletzten Zeugen, der als Nebenkläger auftrat, sprach das Gericht eine Geldentschädigung zu. Die Angeklagten werden gegen das Urteil wahrscheinlich Berufung einlegen.

Die Arbeiterpartei hat in Sunderland bei einer Nachwahl zum Unterhaus einen Unterhausauszug verloren. Der konservative Kandidat Thompson erhielt 30 497, der Kandidat der Arbeiterpartei Brownlie 30 075 und die liberale Kandidatin Frau Morgan 15 020 Stimmen. Die Ergebnisse der letzten Wahl waren folgende gewesen: Arbeiterpartei 31 794, Konservative 29 180, Liberale 21 300. Die damalige Mehrheit der Arbeiterpartei von 2614 hat sich also in eine Mehrheit der Konservativen von 422 verwandelt.

Rußland-Aufträge.

Sind sie nur mit Lohndruck gegen die deutsche Arbeiterschaft ausführbar?

Wie die folgenden und andere Beispiele zeigen, ist es notwendig, diese Frage einmal gründlich zu klären, da in nächster Zeit mehr russische Aufträge als bisher zu erwarten sein dürften. Es besteht die Möglichkeit, daß die mit Rußlandaufträgen bedachten Unternehmer von sich aus die Löhne drücken und ihren russischen Auftraggebern die Schuld dafür in die Schuhe schieben. Der russische „Arbeiterstaat“ hätte darum alle Ursache, seiner Mißkreditierung durch die Unternehmer vorzubeugen, indem er die Zahlung der Tariflöhne und der orts- oder betrieblichen Zuschläge seinen Lieferanten zur Bedingung macht. Das kann er natürlich nur dann, wenn er die Lieferbedingungen nicht derart drückt, daß diese Bedingung zum Schutze der deutschen Arbeiterschaft unerfüllbar wird.

Als Auftraggeber kann Sowjetrußland mit den deutschen Unternehmern bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ein Wort reden. Will es dabei den Unternehmergewinn der deutschen Kapitalisten möglichst begrenzen, so ist an sich dagegen nichts einzuwenden. Um so mehr muß es dann aber Vorkehrungen treffen, daß die Unternehmer sich nicht an den gekürzten Arbeiterlöhnen schadlos halten. Läßt Sowjetrußland diese Vorkehrungen dabei außer acht, dann hat es sich die Folgen selber zuzuschreiben. Eine Verschonung hinter die deutschen Unternehmer würde nicht gelingen. Es liegt also sowohl im Interesse des Ansehens Sowjetrußlands unter der deutschen Arbeiterschaft, mehr noch im Interesse der mit russischen Aufträgen beschäftigten Arbeiter, einen besonderen Lohndruck infolge dieser Aufträge zu verhindern, damit nicht Zustände einreißten, wie sie uns hier geschildert werden.

Arbeitszeit bis zu 80 Stunden.

Die Firma Rotator in Spandau hat fast ausschließlich russische Aufträge. Wie in allen dergleichen Betrieben, wurde auch hier versucht, die Akkordpreise abzubauen mit dem Hinweis, daß die Firma für die Arbeiten ebenfalls weniger erhalte. Die Belegschaft ließ sich das nicht gefallen und trat in den Streik. Um nun eine Vermittlung durch den Arbeitsnachweis in Spandau zu verhindern, traten auf dem Nachweis Wanderredner der Kommunistischen Partei auf und ersuchten die Arbeits-

losen, Solidarität zu üben. Da kamen sie jedoch schon an. Die Arbeitslosen fragten, warum denn die Solidarität der Leute von Rotator so lange vergessen war!

In dem Betrieb wurde wöchentlich bis zu 80 Stunden gearbeitet und nach den Arbeitslosen nicht gefragt. Das Prinzip der Rotator-Leute war, einen möglichst hohen Verdienst durch überlange Arbeitszeit zu erwirken. Die Arbeitslosen lehnten deshalb jede Solidarität mit diesen Leuten ab. Wie sieht es nun in diesen Betrieben aus? Die Belegschaft ist in ihrer großen Mehrheit „revolutionär“ eingestellt, sie bekennt sich zur R.O.D.

Die „Rote Fahne“ brachte nun einen Artikel über den Betrieb Rotator, wonach dort grauenhafte Zustände herrschen müssen; da sind keinerlei Schutzvorrichtungen, keine Waschgelegenheit, die Aborte sind schmutzig usw. Und so etwas trotz des „roten“ Betriebsrats? Warum hat dieser „revolutionäre“ Betriebsrat gegen diese Mißstände nichts unternommen?

Der Deutsche Metallarbeiterverband konnte diesen Streik schon deshalb nicht sanktionieren, weil er nur ganz wenige Mitglieder in dem Betriebe hat.

Die Löhne durch Rußlandauftrag gedrückt.

In einem schlesischen Silikatwerk — den Namen wollen wir aus bestimmten Gründen zunächst nicht nennen — haben die Arbeiter das bereits zu spüren bekommen. Das Werk erhielt einen Rußlandauftrag, konnte ihn aber nur annehmen, wenn die Arbeiter — die Firma wies das rechnerisch nach — der Rot gehörenden Lohnabbau auf sich nahmen. Sie waren schon zwei Jahre arbeitslos und bezogen nur färglichste Wohlfahrtsunterstützung. Was blieb ihnen da anderes übrig? Sie schlossen zu sehr mäßigem Lohn ab, und die Unternehmer bekamen den Auftrag.

In Deutschland war man es bisher gewöhnt, daß bei Staatsaufträgen die Firmen berücksichtigt werden, die Tariflöhne zahlen. Der „Arbeiterstaat“ Rußland scheint so etwas nicht zu kennen. Macht er seine Aufträge von schlechten Löhnen abhängig?

Leistungen zu verzeichnen. Außerdem unterhält der Verband eine Sterbekasse und eine Krankenkasse. Seine stellungslosen Mitglieder unterstützte er mit 2014 000 Mark (1929: 1,3 Millionen). Die Innovaldenunterstützung erforderte 735 449 Mark. Durch den Rechtschutz, den der Verband seinen Mitgliedern gewährt, wurde ihnen über eine Million Mark erstritten.

Die gesamten Unterstützungsleistungen (ohne Kranken-, Sterbe- und Brandkasse) erforderten die Summe von 3 759 000 Mark (1929: 2,79 Millionen Mark). Versicherungs- und Unterstützungsleistungen zusammengenommen betragen 7 900 000 Mark (1929: 6,29 Millionen Mark).

Der Verband bietet seinen Mitgliedern auch billigen Ferienaufenthalt in seinem Erholungsheim in Frankenhausen in Thüringen, das von über 1000 Mitgliedern im letzten Jahre besucht wurde.

Der Deutsche Werkmeister-Verband gehört zum IFA-Bund. Seine Leistungen sprechen für ihn.

Betriebsratwahl bei Scherl.

Die „Rote Einheitsfront“ zog nicht.

Trotz gewaltiger Anstrengungen ist es den vereinten Bemühungen der R.O.D. und den aus allen Lagern zusammengeführten geben Hilfsgruppen der Nationalsozialisten nicht gelungen, die feste Stellung der freien Gewerkschaften im Betriebe zu untergraben. Das zeigt die Gegenüberstellung der diesjährigen und der vorjährigen Stimmengahlen:

	1931	1930	
Freie Gewerkschaften	1229	1225	Stimmen
R.O.D. („Rote Einheitsfront“)	436	479	
Nazi („Antimarkisten“)	160	90*	

Die R.O.D. ging diesmal unter der Firma „Rote Einheitsfront“ auf Stimmenfang aus, scheinbar hatte sie das Gefühl, daß die Bezeichnung R.O.D. an Zugkraft eingebüßt hat. Einen Stimmenverlust konnten sie aber unter der neuen Fahne trotzdem nicht verhindern.

Die Nazis, die, ebenfalls getarnt, sich unter der irreführenden Bezeichnung „Antimarkisten“ als Planschbeden aller gelben Verbände und Vereine etablierte, konnte ihre Stimmengahl nur auf Kosten des Stimmenverlustes der R.O.D. und der in diesem Jahre weniger abgegebenen 28 ungültigen Stimmen des Vorjahres (Nazi-Heil Hitler-Zettel) erhöhen. Einen Resonanzboden haben die Gelben bei der verständigen Arbeiterschaft nicht finden können.

Durch die Eigenart der Wahlberechnung hat die Liste der freien Gewerkschaften trotz Stimmengewinns ein Arbeiterratsmandat weniger erhalten; die Stellung der freien Gewerkschaften ist aber zum Vorteil für die gewerkschaftstreue Belegschaft immer noch unerhöht.

Die Mandate verteilen sich wie folgt:
Die freien Gewerkschaften erhalten im Betriebsrat 7 (7) Sitze, die R.O.D. 2 (3) und die Nazis 1 (0).

Im Arbeiterrat haben die freien Gewerkschaften 9 (10), die R.O.D. 3 (3) und die Nazis 1 (0) Sitze.

Bei den Wahlen der Angestellten fanden sich eine Liste des D.H.V. (unter Protektion der Nationalsozialisten) und eine „unpolitische“ Liste gegenüber. Die D.H.V.-Liste hat trotz der infolge der Nazi-Unterstützung 37 Stimmen eingebüßt, ein neu hinzugekommenes Angestelltenmandat fiel an die „unpolitische“ Liste.

Das Gesamtergebnis der Wahl zeigt ersichtlich, daß politische Experimente wie im August 1923 mit der Scherl-Belegschaft nicht mehr zu machen sind.

„Zum erstenmal Rote Einheitsliste.“

Die Wahl bei H. S. Hermann. O. m. S. S.

In diesem Buchdruckereibetrieb waren früher — mit Ausnahme des Vorjahres — Gemeinheitslisten aufgestellt worden, wobei der „Opposition“ durchweg drei bis vier Sitze eingeräumt wurden. Wenn die Moskauer nunmehr diesmal eine „Rote Einheitsliste“ aufstellen.

* Ein Teil dieser Listenbewerber legte 1930 unter der Bezeichnung R. v. K. (Reichsverband vaterl. Arbeitervereine.)

Für die freigewerkschaftliche Liste wurden 452 Stimmen abgegeben, für die R.O.D. 200 Stimmen. Im Arbeiterrat erhalten die Gewerkschaften sieben Sitze, die R.O.D. drei, im Betriebsrat haben die Gewerkschaften sechs Mandate, die R.O.D. zwei und die Angestellten zwei Mandate.

Freigewerkschaftlicher Sieg im Bankgewerbe.

Bei den Betriebsratswahlen in der Darmstädter und Nationalbank, Kommerz- und Privatbank, Harby u. Co., Bank des Berliner Rassenvereins, konnte der freigewerkschaftliche Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten seine überragende Stellung im Bankgewerbe behaupten und stellenweise sogar noch erweitern.

Nationalsozialisten und kommunistische R.O.D. überboten sich in persönlich gehässigen Angriffen und Verleumdungen gegen die freigewerkschaftlichen Vertreter. Unter dem Schlagwort „Kampf dem Marxismus“ vereinigten sich D.H.V. und D.V.V. (D.V.V.), um die „rote Mehrheit“ zu brechen. Statt Erfolge hatten sie Rückschläge zu verzeichnen.

Getreue Helfersdienste leisteten den Nazis in der Kommerz-Bank die Kommunisten, die trotzdem auf ihrer R.O.D.-Liste von über 2000 abgegebenen Stimmen nur kümmerliche 165 Stimmen auf sich vereinigen konnten. In den anderen Betrieben gelang es ihnen nicht einmal, eine eigene Liste aufzustellen.

In allen vorgenannten Betrieben hat der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten weiterhin die unbefristete Mehrheit.

„Rote Mehrheit.“

Bei B. Spindler, Spindlersfeld.

Bei der Betriebsratswahl im vorigen Jahre erhielt die R.O.D. 527 Stimmen, in diesem Jahre 364 Stimmen, also 163 Stimmen weniger. Die „Rote Fahne“ erklärt diesen Rückgang damit, daß die Zahl der Beschäftigten von 1212 auf 884 zurückgegangen ist. Trotzdem aber hat die Gewerkschaftsliste in diesem Jahre 284 Stimmen erhalten, 17 mehr als im Vorjahre. Die R.O.D. hat sechs Mandate anstatt sieben, die Gewerkschaften vier wie im Vorjahre.

Die R.O.D. tröstet sich über ihren Stimmenverlust damit, daß sie die Mehrheit hat.

Die Wahlen im Ruhrbergbau.

Ergebnis von 102 Schachtanlagen.

Von 102 Schachtanlagen des Ruhrgebiets liegen die Ergebnisse der Betriebsratswahlen vor. Es erhielten: Freie Gewerkschaften 42 102 Stimmen, christliche Gewerkschaften 27 584, Hirsch-Dundersche Gewerkschaften 896 Stimmen, Polen 56 Stimmen, R.O.D. 29 186 Stimmen, Syndikalisten 323 Stimmen, Wirtschaftsfriedliche 4097 Stimmen, R.S.D.V.P. 45 777 Stimmen.

Es stehen noch die Ergebnisse von rund 70 Schachtanlagen aus.

Betriebsratswahlen in Frankfurt a. M.

In den Betrieben der Frankfurter Metallindustrie sind mit Ausnahme zweier Betriebe nur freigewerkschaftliche Vorschlagslisten eingereicht und ohne Stimmenabgabe gewählt worden. Bei den Adlerwerken erhielten die freien Gewerkschaften 2277 Stimmen, die R.O.D. 117 Stimmen; bei der Firma Heidelberger erhielt der D.H.V. 40 Stimmen, die R.O.D. 36 Stimmen.

Erfolg in den Opelwerken.

Bei den Opel-Werken ist gegen das vorige Jahr die Zahl der Beschäftigten von 8076 auf rund 7500 zurückgegangen. Bei der diesjährigen Betriebsratswahl erhielten die freien Gewerkschaften 4231 Stimmen und 17 Sitze. Im Vorjahr 16 Sitze, die Christen 198 Stimmen 0 Sitze, im Vorjahr einen Sitz, die R.O.D. 884 Stimmen und drei Sitze, im Vorjahr acht Sitze, die Nazis bekamen 436 Stimmen und einen Sitz, im Vorjahr 0 Sitze. Vor dem Betrieb kam es anfänglich der Betriebsratswahl zu Schlägereien und Messerstechereien. Nationalsozialisten und Kommunisten nahmen sich durch Stoßtrupps gegenseitig die Flugblätter ab. Ihr Hauptkampf richtete sich jedoch gegen die freien Gewerkschaften, deren Erfolg sie aber nicht zu hindern vermochten.

Generalfreie oder Verständigung?

Die französischen Bergarbeiter vor der Entscheidung.

Paris, 27. März. (Eigenbericht.)

Ministerpräsident Laval hat den Vertretern der Grubenarbeiter am Freitag nach einer Unterredung mit dem Präsidenten der nordfranzösischen Bergwerkgewerkschaften als Ergebnis seiner Einigungsversuche in dem Lohnkonflikt mitgeteilt, daß es ihm gelungen sei, die Grubengesellschaften dazu zu veranlassen, die Lohnherabsetzungen erst zu einem späteren Termin vorzunehmen und die anfänglich beschlossene Höhe des Lohnabbaus zu reduzieren. Die Arbeiterdelegierten dankten dem Ministerpräsidenten für seine Bemühungen, erklärten aber zugleich, daß sie die Zugeständnisse für unzureichend halten. Der Ministerpräsident wird deshalb am Freitagabend mit den Arbeitgebern eine neue Unterredung haben und weitere Zugeständnisse zu erteilen versuchen.

Inzwischen hat der Nationalverband der französischen Grubenarbeiter zu Sonnabendvormittag eine Delegiertenversammlung einberufen, in der endgültig darüber beschlossen werden soll, ob das Angebot der Grubengesellschaften angenommen oder der Generalfreistellung ausgerufen werden soll.

Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Glaser. Die Versammlung, die zu Sonntag, 28. März, vorziehen war, ist verlegt auf Sonntag, 2. April, 17 Uhr, Saal 4 des Gewerkschaftshauses. Mitgliedschaft ist am Eingang vorzulegen.

Die Fachgruppenleitung.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geiger; Wirtschaft: G. Altmann; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Schmidt; Familien Dr. John Schimanski; Lokalrat und Konzepte: Felix Kersch; Angelegenheiten: Dr. Glaser; Familien in Berlin: Berlin: Bornhörs-Berlin G. m. B. Berlin; Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Bent Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, Bureau 3. Beilagen.

Häufig gefärbten Zahnelag beseitigt man wie folgt: Drücken Sie einen Strauß Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezähntem Borstensaum), drücken Sie Ihre Gebiss nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der milchfarbene Zahnelag ist verschwunden und ein herrliches Gebiss der Frische bleibt zurück. Veruchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 24 Pf. Verlangen Sie aber erst Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür zurück.

Der Lohnabbau im Baugewerbe.

Bierzig Schiedsprüche mit 8 bis 11 Proz. Lohnkürzung.

Das vom deutschen Baugewerbe eingesehete zentrale Tarifamt hat nach 47stündiger Verhandlung am Morgen des 27. März 40 Schiedsprüche gefällt, durch welche das Baugewerbe ganz Deutschlands erfasst wird und die Löhne um 8 bis 11 Proz. gesenkt werden. Nach dieser Neuregelung soll z. B. der Maurer in Berlin statt des bisherigen Stundenlohnes von 1,53 M. 1,41 M. erhalten. Die Parteien haben sich bis zum Sonnabend, den 4. April, zu den gefällten Schiedsprüchen zu erklären.

Vom 23. bis zum 27. März wurde vor der vom Reichsarbeitsminister Stegerwald eingesehten zentralen Schiedsstelle für das Baugewerbe über die Tariflöhne im Baugewerbe verhandelt und entschieden. Die drei Unparteiischen waren die Herren: Regierungsrat a. D. Dr. Brahn-Dortmund, Ministerialrat Gasteiger-München und Dr.-Ing. Stenzel-Hamburg. Die Parteien hatten je vier Vertreter gestellt. Die Parteiverhandlungen, bei denen es oftmals sehr stürmisch herging, wurden am 26. März nach 2 Uhr nachmittags zu Ende geführt. Dann trat die zentrale Schiedsstelle zu besonderer Beratung zusammen. Erst in den Morgenstunden des 27. März um 6.45 Uhr konnte das Protokoll über die Verhandlungen fertiggestellt werden.

Die Unternehmervertreter hielten auch vor der zentralen Schiedsstelle ihre phantastischen Lohnabbauforderungen voll aufrecht, auch dann noch, wenn die Tarifämter einen Spruch gefällt hatten mit niedrigerem Lohnabbau. Die zentrale Schiedsstelle hat die Sprüche der Tarifämter fast durchgehend bedeutend herabgesetzt. Nur in einigen Fällen näherte sich die Entscheidung dem Tarifamtspruch. Im ganzen kann gesagt werden, daß

der niedrigste Lohnabbau 7,5 Proz., der höchste 11,5 Proz.

beträgt. Der höchste Abzug betrifft das Gebiet der Schwerindustrie, Westfalen. Besser abgeschnitten haben die Tarifgebiete Groß-Berlin und Hamburg, dort beträgt der Abbau 7,8 und 7,7 Proz. Schlechter weggekommen sind Bayern, Hessen, Württemberg, Provinz Sachsen-Anhalt, Freistaat Sachsen, Thüringen und Nordwestdeutschland. Hier bewegt sich der Lohnabbau um 10 Proz. herum. Der Lohnabbau für Mecklenburg, Pommern, Steint, Ober- und Niederschlesien bewegt sich etwa zwischen 8 und 9,5 Proz.

Tendenfalls haben die in den Verhandlungen vorgebrachten Gründe der Arbeitervertreter erwiesen, daß

dieser ganze Lohnabbau ein soziales Unrecht an den Bauarbeitern

und eine wirtschaftliche Unvernunft im allgemeinen darstellt. Schon während der Verhandlungen wurde erklärt, daß durch die Kürzung der Bauarbeiterlöhne auch nicht ein Stein mehr vermauert wird oder gar die Wohnungsmieten dadurch gesenkt würden. Trotzdem die Preise für Baumaterialien in letzter Zeit bedeutend gesenkt worden sind, hören wir

nichts von einem Rückgang der Baukosten oder der Wohnungsmieten.

Der Lohnabbau bezweckt weiter nichts, als den Unternehmern größere Vorteile zu verschaffen.

Die Bauarbeiter in den einzelnen Bezirken haben jetzt über die Lohnabbauentscheidungen im Baugewerbe zu entscheiden.

Der Zimmererverband wird auf seinem außerordentlichen Verbandstag am 3. April dazu Stellung nehmen.

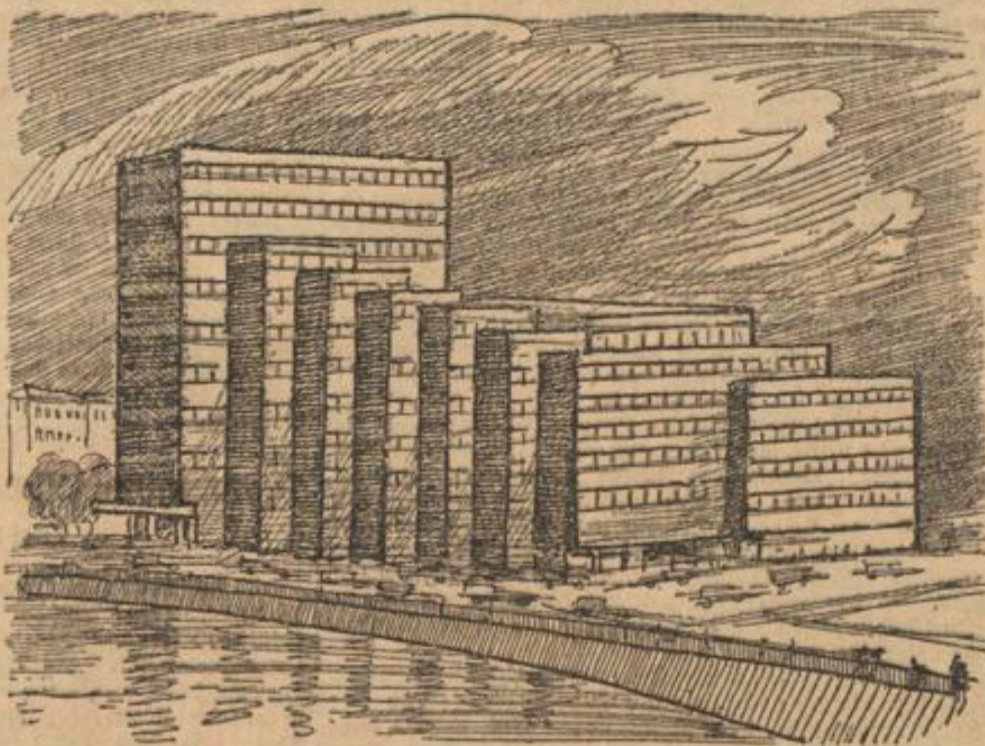
Der Deutsche Werkmeisterverband.

Was er im letzten Jahre geleistet hat.

Der Deutsche Werkmeister-Verband, der in Düsseldorf seinen Sitz hat und 130 000 Mitglieder zählt, hat jetzt seinen Jahresbericht für 1930 veröffentlicht. Ein paar Zahlen beweisen, was der Verband seinen Mitgliedern bietet. Für die Ausbildung der Mitglieder in über 100 technischen Kursen und 20 gewerkschaftlichen und arbeitsrechtlichen Kursen hat der Verband über 324 000 Mark aufgebracht. Seine Krankenkasse hatte bei über 4 Millionen Einnahmen ungefähr die gleiche Summe an

Hochhaus am Lützowufer

In dem Reigen der Hochhäuser, die im letzten Jahr im Berliner Westen aufgeschossen sind, verdient das sogenannte Rhenanienhaus am Lützowufer besondere Erwähnung. Ist es doch der erste verkehrsbeweisere Bau der Welt. Eine ungeheure Betonmauer von 8 m Tiefe, zwischen der Bendler- und der Regentenstraße, bildet die Fundamentierung für den bis 13 Geschosse hohen Bau; die Erachtungen des starken Auto- und Lastkraftwagenverkehrs auf der Königin-Augusta-Straße werden durch diese Mauer aufgefangen und die Pfeiler des mächtigen Stahlkelettbauwerks bleiben frei von jeder Schwingung. 2400 t Stahl hat der Bau verschlungen; die Ausmauerung des Stahlkelettes erfolgte durch Gasbeton; leichter als Wasser, läßt sich dieser fabrikmäßig hergestellte Beton nach Belieben bohren und fräsen und ist dabei ein hervorragender Wärmeisoliator. Die Außenhaut wird mit Travertin verblendet. Stahlfenster in Form von Lichtbändern geben den Büroräumen helles Licht. Terrassen-Dächer sind als Erholungsstätten für die Angestellten angelegt. Eine Frischluftversorgungseinrichtung schafft dauernd frische Luft in die Büroräume; sie wird im Sommer gekühlt, im Winter vorgewärmt. Eine Sprinkleranlage schützt die unteren Geschosse selbsttätig vor Feuersbreitung. In den Kellergeschossen, die von der Bendler- bis zur Regentenstraße mit Kraftwagen durchfahren werden können, liegen Garagen für 40 Autos, für die auch eine eigene Tankstelle vorhanden ist.



Der imposante Bau, der hoch über die benachbarten Tiergarten-Wohnvillen hinausragt, umschließt einen umbauten Raum von 83 000 cbm. Im Frühjahr 1930 wurde er begonnen; eine Materialbrücke beförderte mittels Großbagger und Transportband Kies und sonstiges Baumaterial direkt von den Lastkähnen am Landwehrkanal über die Straße zur Baustelle. Im Oktober 1931 soll der Riesenbau, dessen Entwurf von Prof. Fahrenkamp stammt, unter der Bauleitung des Ing. Dürr bezugsfertig sein.

Rumpfmagistrat regiert.

Wahl des Oberbürgermeisters am 16. April.

Am Mittwoch, dem 1. April, tritt das neue Berliner Gesetz in Kraft. Damit scheiden automatisch die bisher im Amt befindlichen zehn unbeforderten Stadträte aus. Nach dem neuen Gesetz besteht der Magistrat aus 18 Mitgliedern, davon sind 6 unbeforderte Stadträte. Wie wir hören, wird der Stadtverordneten-Vorsteher Genosse Hag die erste Stadtverordnetenversammlung nach Inkrafttreten des neuen Berlin-Gesetzes für den 9. April einberufen. In dieser Sitzung soll der Stadtgemeindevorstand und die neuen sechs unbeforderten Stadträte gewählt werden. Die so dringliche Wahl des neuen Oberbürgermeisters soll das Stadtparlament dann endgültig in seiner Sitzung am 16. April vornehmen. Bis dahin wird Berlin von dem Rumpfmagistrat regiert werden. Diese Tatsache zeigt, wie dringend notwendig jetzt die Neubestellung der leerstehenden Magistratsstellen geworden ist. Man weiß im Rathaus im Augenblick noch nicht, wie die im Amt verbleibenden Magistratsmitglieder bis zur Neuwahl der freien Stellen die Fülle von Arbeit bewältigen sollen.

Der ehrgeizige Herr Scholz hat sich, wie wir schon mitteilen, doch noch bereit erklärt, seine Geschäfte als Bürgermeister bis zur Wahl des neuen Berliner Oberhauptes weiterzuführen. Dann wird er das Rathaus für immer verlassen. Er erhält auf Grund seines Vertrages, auf den er wie ein Sklave besteht, sein volles Gehalt in Höhe von 33 300 Mark bis 1936 weitergezahlt. Von den sechs unbeforderten Stadträten wird die Sozialdemokratie zwei Stadträte zu stellen haben. Einen Vertreter entsendet die Mitte, einen Vertreter die Deutschnationalen und einen Vertreter die Kommunisten. Der sechste Stadtrat muß zwischen Deutschnationalen und Kommunisten ausgelost werden.

Um den 75-Millionen-Kredit.

In der Donnerstagssitzung hatte die Stadtverordnetenversammlung der Aufnahme des neuen 75-Millionen-Kredits, der im Zusammenhang mit dem Preag-Geschäft der Stadt Berlin gewählt werden soll, ihre Zustimmung verweigert. Der Beschluß war betamlich zustande gekommen, weil das Zentrum zusammen mit Deutschnationalen und Nationalsozialisten gegen die Aufnahme des Kredites gestimmt hatte. Die Stadtverordneten haben nun aber damit über einen Kredit Beschluß gefaßt, dessen Aufnahme lediglich Sache des Magistrats ist. Die betreffende Vorlage war dem Stadtparlament auch nur zur „Kenntnisnahme“ überreicht worden. An der Sache hat sich also nichts geändert, wenn auch der Magistrat selbst der Ansicht ist, daß das Angebot in der jetzigen Form noch eingehender verantwortungsbewusster Prüfung unterliegen muß.

Drei Kinder in einer Truhe erstickt.

Erstfütternde Folgen eines gefährlichen Spiels.

Budapest, 27. März.

In einer nahe gelegenen Ortschaft krochen drei Kinder in Abwesenheit der Eltern beim Spielen in eine große Truhe. Plötzlich klappte der mit einem Schnappschloß versehenes Deckel der Truhe zu und die Kinder waren gefangen. Die Eltern, die erst nach einigen Stunden heimkehrten, entdeckten zu ihrem Entsetzen die aufseiten Körper der Kleinen, die elend erstickt waren.

Sochstapler Gantner entpurrten.

Aus dem Rudolfs-Virchow-Krankenhaus entpurrte der 31 Jahre alte Untersuchungsgefangene Eugen Gantner, der im August vorigen Jahres als Spion und Hochstapler verhaftet worden war. Gantner lag im Krankenhaus wegen starker Darmblutungen. Sohn wohlhabender Eltern und anfangs Student der Rechte, dann auf die schiefe Ebene geraten und wegen Betrugs

Das Opfer des Wahnsinnigen.

Die Frauenleiche im Walde bei Bertendbrück gefunden.

Die Vermutung der Berliner Polizei, daß die 33jährige Meta Tischlerky, über deren ungeklärtes Verschwinden wir gestern berichteten, einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, hat durch das Auffinden der Leiche der Vermissten ihre schreckliche Bestätigung gefunden.

Der Täter der 46jährige Händler Bruno Funke aus der Warschauer Straße, befindet sich zur Zeit als Geisteskranker in der Heilanstalt Buch. Er wird wegen des Verbrechens kaum zur Verantwortung gezogen werden können, da er sich nicht zum ersten Male unter der Obhut der Irrenärzte befindet. Es besteht kaum ein Zweifel, daß Funke, der zu der Ermordeten ein Verhältnis unterhielt und sehr eifersüchtig war, in einem Wahnsinnsanfall die Frau erschossen hat. Meta Tischlerky, die am Schlesißen Bahnhof Männerbesessenen anzuknipsen pflegte, war mit Funke, der in der Gegend den Spitznamen „der Eierjude“ führte, weil er mit Butter und Eiern handelte, seit 1 1/2 Jahren bekannt. Seit dem 18. März war das Mädchen plötzlich verschwunden und bald wurde in ihren Kreisen gemunkelt, daß „der Eierjude“ sie umgebracht habe. Die Polizei konnte aber wenig ermitteln, da Funke bei einer vor-

sichtigen Vernehmung in der Heilanstalt einen schweren Tobjuchtsanfall erlitt. Der Zufall brachte die Polizei der Klärung des Verbrechens schnell näher. In der Forst von Bertendbrück bei Fürstentwilde a. d. Spree stieß der Revierförster gestern vormittag bei einem Kontrollgang auf die Leiche einer Frau, die offenbar durch zwei Kopfschüsse den Tod gefunden hatte. Der Förster hatte in der Zeitung von dem Verschwinden der Tischlerky gelesen und er glaubte, daß die Tote vielleicht die Gesuchte sei. Der Jäger nahm den Befund kurz auf und gab die Meldung sofort an das Berliner Polizeipräsidium weiter. Zwei Beamte begaben sich mit mehreren Zeugen, die zu den Bekannten der Ermordeten gehörten, nach Bertendbrück, dort konnte die Tote einwandfrei als die vermifchte Tischlerky identifiziert werden.

Die Tat wird sich so abgespielt haben, daß Funke seine Geliebte, als er hinausfuhr, um Einkäufe zu machen, mitgenommen hatte. Unterwegs ist es zwischen beiden zu Streitigkeiten gekommen. Von sinnloser Wut übermannt, muß Funke, der vermutlich stets eine Waffe bei sich führte, um sich gegen räuberische Ueberfälle zu sichern, zur Pistole gegriffen und seine Begleiterin niedergeschossen haben. Vorher muß es noch zu einem Handgemenge gekommen sein. Die Frau hat sich noch vergeblich gewehrt, denn Funke kehrte mit blutbesudelten und völlig zerkrachten Händen nach der Tat in seine Wohnung zurück.



„Stiefmütterchen würden schnell darauf wachsen, wenn man noch ein bißchen düngt“, sagt Andreas.

„Graslamen habe ich noch ein bißchen zu liegen, für ringsherum, meine ich“, stottert Maschke ungeschickt — sie sprechen noch lange davon, kommen gar nicht los davon.

Bis es Andreas Korn endlich auffällt, daß Vene immerfort schweigt. Ungestürlich unterbricht er: „Aber das muß sich ja natürlich nach Fräulein Pappendieck richten.“

Da fährt jedoch Vene aus ihrer Vertäumltheit auf: „Ach nein, meine —, sie findet nichts Passendes, Herrschaften“ paßt nicht und man muß die Anrede verschlucken. „Ach ja, ich bin Ihnen allen ja so dankbar... nein, Sie müssen nicht abwinken, ich sage das ja gar nicht, weil sich das gehört... es kommt bloß so raus... ich meine es aber viel herzlicher... ich weiß nur gar nicht, wie ich das sagen soll... Herr Schmitzer hat einen halben Morgen Band weniger, und daß Ihr schöner Baum fort ist, das habe ich wohl gesehen, Herr Korn... und ein Heinzelmännchen hat ihm sogar die letzten Liebesdienste erwiesen und ihm ein — ein Totenhemd angezogen, meinem lieben, lieben Vater...“ Jetzt erst ist es aus mit ihrer Fassung: sie schlägt mit der Stirn auf den Tisch und weint hemmungslos.

Sie sitzen alle respektvoll dabei und schweigen; nur Korn stopft und entzündet umständlich seine Pfeife. Als das Streichholz aufflammt, gibt es in Venes Haar einen kleinen Widerschein, denn es ist schon dümmrig im Raum; Schmitzer sieht das flüchtige Spiel des Lichtes, und sein brauner, großer Blick kommt nicht mehr los von ihrem Scheitel.

Als sie sich gefaßt und die Tränen getrocknet hat und nun selbst und tapfer aufrecht sitzt, zwei rote, gequollene Kreise unter den buschigen Brauen und dennoch sehr schön — da, und nicht eher, darf man wohl zu trösten beginnen.

„Sie sind ja noch jung, Vene“, sagt Wulfe Korn. „Und Ihre neue Stellung wird Ihnen darüber weghelfen, und überhaupt Berlin...“

„Ach nein“, sagt Vene und steht auf, als könne sie das Nächste nicht im Stillen sagen. Sie tritt an den Schrank, lehnt sich fest daran, die Hände aus dem Rücken geschlossen, die Augen fest auf den Tisch gerichtet, die Stimme sehr sicher: „Ich nehme die Stellung nicht an.“ Und nach langer Pause, in der niemand spricht, nur Kornns Pfeife schmurzelt und der Ofen bullert und irgendwas im Raum gemütsch ist trotz Tod und Elend: „Ich bleibe hier.“

Wieder ist die Pause sehr lang. Dann sagt Korn bedächtig zwischen Zug und Zug: „Sie müssen mir's nicht übelnehmen: das verstehe ich noch nicht.“

Aber da springt Schmitzer auf; es hält ihn nicht mehr. Er weiß selbst nicht, was in ihn gefahren ist; es ist auch nicht Mut, woraus er handelt, wenn man nicht Zwang von innen als Mut bezeichnen will. Er tritt zu Vene, reißt ihr die Hand hinter dem Rücken hervor und preßt sie: „Aber ich verstehe das, Fräulein Pappendieck, oh, ich verstehe das so gut! Es ist sehr schön von Ihnen, daß Sie hier bleiben...“ Dann verschluckt er sich und setzt sich wieder, mit denselben fahigen Bewegungen, die Andreas vorhin ein unwillkürliches „Ranu“ entlockt hatten — ein „Ranu“, das die Aufforderung der andern von keinem Verhalten am besten widergibt.

Sie aber, die Vene, sie führt die von Schmitzer hervorgezogene Hand zur Stirn und streicht etwas heraus, Haar oder Bedenten oder so was, und die Bewegung steht sehr ruhig aus: „Jawohl, ich bleibe hier. Ich habe das eingesehen, was der Pastor gesagt hat. Und gefallen hat mir's gar nicht in Berlin; jetzt nicht mehr. Ich mache auf dem Boden weiter, auf dem Vater aufgehört hat. Und ich bitte Sie, daß Sie mir doch alle dabei helfen möchten. Nicht viel, jeder hat mit sich zu tun, nicht soviel, wie gestern und heute; nur so ein bißchen.“ Und als sie sieht, daß alle genickt haben und Herr Schmitzer aufgeregt mit den Händen durch die Luft gefahren ist: „Danke schön. — So. Und nun will ich die Lampe anstecken.“

Anna Maschke nimmt ihr das ab; dazu muß sie erst die Hände aus denen ihres Mannes lösen, der sie rasch noch einmal streichelt, ehe sie aufsteht: alle sehen es mit Bewunderung. Und dann finden sie, daß das Lampenanmachen der Anna Maschke sehr gut steht.

Die Petroleumlampe wird auf den kleinen Tisch vor Pappendiecks Sessel gestellt; sie sehen alle, daß das Buch mit den gesammelten „Landwirtschaftlichen Ratgebern“ noch aufgeschlagen daliegt. Zuerst müssen sie lächeln; dann jedoch denken sie wieder an die Rot, die Pappendieck erwürgt hat,

und die auch die ihre ist; und Andreas sagt langsam und ernst: „Ach will Ihnen ja gern helfen, Fräulein Vene. Aber wie Sie das machen wollen, das weiß ich wirklich nicht; ich weiß ja nicht mal, wie ich's machen soll.“

Aber Herr Schmitzer hat heute seinen großen Tag; er wischt Kornns Sorgen mit einer Armbewegung fort, die dem beinahe die Pfeife gekostet hätte. „Ach was! Fräulein Pappendieck hat vorhin ganz richtig gesagt: wenn wir uns nur alle helfen, dann wird's schon gehen!“

„Das habe ich ja gar nicht gesagt, Herr Schmitzer, das sagen Sie!“ wehrt Vene ab und muß lächeln.

„Aber es ist so richtig, als ob Sie's gesagt hätten!“ schreit Herr Schmitzer und hat das Kompliment noch nicht einmal beachtet.

„Richtig! Richtig ist vieles, aber darum ist's noch nicht möglich!“ sagt Andreas fast wütend. Und dann traurig: „Beim Sterben kann man sich helfen im Stubbenland. Beim Leben nicht!“

„So?“ zerbricht Schmitzer respektlos die trübe Stille. „Warum hat denn Ihr Herr Vater — er nicht zu Vene hin — die Hypothek nicht bekommen? Weil er bloß achtzehn Morgen hatte! Und warum würden Sie keine kriegen, Herr Korn? Und Herr Maschke nicht? Weil Sie bloß sechzehn oder zehn Morgen haben. Und ich habe zwar fünfundsünfzig, aber die sind ungerodet und weniger wert als fünf kultivierte, ich würde auch kein Geld darauf bekommen!“

„Na also!“ knarrt Korn und rückt ein Stück von seinem gefährlich gestikulierenden Widerfacher weg.

Aber der rückt ihm nach, indem er sich über den Tisch legt, und zählt dicht vor Kornns Gesicht an den Fingern ab: „Aber zusammen, zusammen haben wir sechzehn, sechsundzwanzig, vierundsünfzig, hundert Morgen! Zusammen kriegen wir drei Hypotheken! Zusammen, Herr Korn! Verstehen Sie denn nicht?“

„Ree. Wie wollen Sie denn das Land zusammensetzen, das vier verschiedenen Parteien gehört? Wollen Sie's auflaufen?“

„Nein.“ Schmitzer steht endgültig auf. „Aber eine Genossenschaft will ich gründen!“

Das Wort katst geradezu vor Korn auf den Tisch. „Entschuldigen Sie man, Fräulein Pappendieck“, bemäntelte er seinen Rückzug, „daß hier so geschrien wird, gerade heute.“ „Oh“, sagt aber Vene, ich finde, daß da vieles dran richtig ist, was Herr Schmitzer sagt. Wenn's auch laut gesagt ist. Mein Vater sagte seine Sachen auch laut.“ (Fortf. folgt.)

bestraft, führte er das Leben eines Hochpaplers, der „Filmgesellschaften“ gründete und Pensions- und Hotelschwindereien betrieb. Zum Zwecke der Spionage trat er mit ausländischen Nachrichtenstellen in Verbindung, er stand zeitweise unter dem Verdacht, 1927 den Mord am Arnswalder Platz begangen zu haben. Sein kriminelles Sündenregister ist groß.

„Durchaus verwerflich.“

Neun Monate Gefängnis wegen Körperverletzung im Amt.

Wegen Körperverletzung im Amt in zwei Fällen wurde der Polizeiwachmeister Linkowski vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Der sehr jugendliche Angeklagte hatte bis dahin seinen Dienst gut ausgeübt und war mehrmals gelobt worden. Er war aber, wie die Beweisaufnahme ergab, einmal allzu „tatkräftig“ gewesen. Eines Tages hatte er nach Dienstschluss mit einem Bekannten ein Lokal aufgesucht. Als er von dort herauskam, sah er in einem Hausflur in der Koppensstraße einen Mann stehen, den er ohne jede Veranlassung anforderte, sich auszuweisen. Da der Mann keine Papiere bei sich hatte, wollte er ihn zur Wache mitnehmen. Der Mann beschwerte sich darüber, er habe doch nichts getan und es läge kein Grund zu seiner Festnahme vor. Als Antwort erhielt er von dem Polizeibeamten, der sich in Uniform befand, einen Faustschlag ins Gesicht. Linkowski zog auch sein Seitengewehr und schlug auf den Mann ein, so daß er nach den ärztlichen Feststellungen mehrere Wunden am Kopf davontrug und einige Zähne rinsbüßte. Nun wollte der Angeklagte sein Opfer zur Wache bringen. Ein anderer Mann, der den Vorfall von der anderen Straßenseite aus beobachtet hatte, kam herübergerannt und rief: „Pui, das ist eine Gemeinheit, einen Menschen so zu behandeln.“ Auch er erhielt mehrere Schläge mit dem Seitengewehr über den Kopf. Inzwischen hatte sich ein größeres Publikum angeammelt, das laut um Hilfe rief und das Polizeirevier gegen den rabiaten Polizeibeamten alarmierte. Die eingetroffenen Beamten brachten alle Beteiligten zur Wache, unterwegs schlug der Angeklagte nochmals mit seinem Seitengewehr auf sein Opfer ein. Auch auf der Wache benahm er sich nach den Befundungen anderer Beamten sehr diszipliniert und großspurig. Der Angeklagte behauptete, daß er von dem Manne schwer gereizt worden sei. Dieser habe ihn schon einige Zeit vorher beim Vorbeigehen verhöhnt. Der Zeuge bestritt dies ganz entschieden. Der Angeklagte hatte sich auf der Rettungswache unterziehen lassen und der Arzt war zu dem Ergebnis gekommen, daß er betrunken gewesen sein müsse, da er stark nach Schnaps und Bier gerochen hätte. L. behauptete aber, daß das unzutreffend sei, denn er habe ja gerade ein Altest haben wollen, daß er nicht betrunken gewesen sei.

Im Urteil, das auf 9 Monate Gefängnis lautete, führte Amtsgerichtsrat Burkert aus, daß die Polizei im Verkehr mit dem Publikum einen schweren Stand habe und unter allen Umständen geschützt werden müsse. Selbstverständlich aber dürfe ein Polizeibeamter nicht, auch wenn er erregt sei, auf schuldlose Opfer losbrechen. Die Handlungsweise des Angeklagten sei durchaus verwerflich. Gerade in der jetzigen Zeit, in der so viele Zusammenstöße auf der Straße erfolgen, müssen solche Ausschreitungen empfindlicher bestraft werden.

Wilderer in Berliner Wäldern.

Rehe, Hasen und Kaninchen waren ihre Beute.

Wilderer eine halbe Bahnstunde von der Friedrichstraße entfernt? Undenkbar! In welchen Berliner Wäldern soll sich denn Wild befinden? Cima im Grunewald? Samschl, im Grunewald! Sordien hat die Kriminalpolizei in Spandau zwei regelrechte Wilderer festgenommen und dabei ermittelt, daß die beiden in den Berliner Wäldern um Spandau, Gladow und Gatow und im Grunewald im ganzen 20 Rehe und 100 Hasen, und Kaninchen gar nicht zu reden, erbeutet haben. Die Sache kam auf folgende merkwürdige Weise heraus.

Man wird sich entsinnen, daß man im September 1930 am Posten im Grunewald die Leiche eines erschossenen Ingenieurs, von dem man annahm, daß er von Verbrechern erschossen worden war, fand. Eine Waffe fand man bei dem Toten nicht. Vor kurzem wurde nun in gewissen Spandauer Kreisen eine Pistole zum Kauf angeboten. Die Kriminalpolizei, die auch davon erfuhr, sah sich die Verkäufer, einen Waldemar P. und einen Franz B., genauer an und holte sie zum Verhör heran. Nach längerem hartnäckigen Zeugnis gestanden beide ein, daß sie sich gerade an jenem Septemberabend wildernd im Grunewald befunden hätten, als sie von fern einen Förster herantommen sahen. Um nicht gefaßt zu werden, verkochten sie sich in eine dicke Schoung aus Postfenn. Dort fanden sie später die Leiche des Ingenieurs und durchsuchten die Taschen, ob etwas für sie Verwertbares darin sei. Sie fanden an diesem Abend nur 2,65 Mark, die sie sich ebenso wie einige Zigaretten teilten. Ihr besonderes Interesse aber galt der Pistole, die einige Schritte von dem Toten entfernt lag, wo sie ihm aus der Hand gefallen war. Die Waffe konnte einen guten Preis erzielen. A. und B. ließen aber erst einige Monate verstreichen, bis sie sich damit beavauswagten. Als nun die Polizei die Wohnung der beiden, die sich durch das Angebot der Pistole verdächtig gemacht hatten, durchsuchte, fand man eine Menge Schlingen, mit deren Hilfe die Männer und ihre Helfershelfer dem Wilde nachgestellt haben; sie gaben die Wilderern endlich zu.

Wieder tödlicher Betriebsunfall.

Bei der Firma Werner, Marienfelde, wurden sechs Arbeiter mit der Montierung einer Falltür beschäftigt. Dabei lösten sich die Kontergewichte, und die Falltür geriet dabei ins Rollen. Ein Arbeiter wurde dabei derart verletzt, daß er an den Folgen des Unfalls verstarb. Dies ist innerhalb von vier Wochen der zweite tödliche Unfall, der sich bei dieser Firma zugetragen hat.

Julius Cohn 60 Jahre alt. Heute leitet Direktor Julius Cohn, der erste Direktor der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, seinen 60. Geburtstag. In ihm verkörpert sich ein gutes Stück der Geschichte des Berliner Krankenversicherungswesens. Er trat im Jahre 1893 in die Krankenkasse der Handlungsgesellen ein, die später zur Ortskrankenkasse für die Gewerbebetriebe der Kaufleute, Apotheker usw. ausgebaut wurde. Am 1. Januar 1914 wurde Cohn bei der Gründung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin Geschäftsführer und seit dem 1. April 1923 steht er an der Spitze dieser größten Krankenkasse in der ganzen Welt. Seit früher Jugend gehörte Cohn der Sozialdemokratie an und zählte zu den Gründungsmitgliedern der Volksbühne. Als Direktor der Ortskrankenkasse Berlin erwarb er sich große Verdienste für die Versicherer durch die Gründung und den Ausbau von Erholungsheimen und Behandlungsjurten. Cohn gilt als einer der besten Kenner der gesamten Sozialversicherung und wurde häufig als Sachberater zu Befehlsmärfen sozialpolitischer Inhalts zugezogen.

Wanderburschen als Freiwild

Von Haarmann über Denke zu Tetzner und Saffran

Die Versicherungsmörder Tetzner und Saffran sind, wie nicht anders zu erwarten war, zum Tode verurteilt worden. Was sie begangen, war Mord. Aber Raffenburg liegt in Preußen; das Todesurteil gegen Saffran wird nicht vollstreckt werden; seine Begnadigung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe dürfte aller Voraussicht nach auch dem Regensburger Todesandidaten zugute kommen. Oder wird Bayern, ähnlich wie Württemberg, den Burgfrieden in der Todesstrafe durchbrechen und das Urteil vollstrecken?

Tetzners und Saffrans Verbrechen ist so gräßlich, die an den Tag gelegte kaltsblütige Grausamkeit ist abstoßend, daß es einfach unmöglich scheint, auch nur das geringste Mitgefühl mit dem Schicksal dieser Menschen aufzubringen. Sie haben sich jenseits der menschlichen Gesellschaft begeben. Gleich Kopffägern sind sie auf die Landstraße nach Menschenwild gegangen. Sie bedurften fremder Leben, um ihr eigenes in Freuden außerhalb Deutschlands genießen zu können. Es sind ja soviet Menschen im Krieg ums Leben gekommen, daß es auf einen mehr oder weniger nicht ankommt, meinte dieser wie jener. Und so vergriffen sie sich an den Schutzlosen der Schutzlosen, an den Wanderburschen auf der Landstraße, an den Namenlosen, die durch Rat und Arbeitslosigkeit aus Heimat und Elternhaus getrieben, nicht wissen, wo am Tage ihr Stück trocken Brot finden, wo nachts ihren müden Körper zur Ruhe legen. „Hundert von Rüdtern“, sagte der Vorsitzende im Tetzner-Prozess, „haben an mich geschrieben, sie vernichten ihre Söhne.“ Und der Untersuchungsrichter fügte hinzu: „Zehntausende von Menschen bevölkern die Landstraße, ohne daß sich jemand um sie kümmerte.“ Darauf eben spekulierten Saffran und Tetzner, darauf gründete sich das Sicherheitsgefühl von Haarmann und Denke. Wanderburschen Freiwild des Lustmordes für die, des Versicherungsmordes für jene.

Haarmann holte sich seine Opfer vom Bahnhof in Hannover. Er nahm die unglückseligen Wanderburschen bei sich auf, fütterte sie, legte sie ins warme Bett, — und dann schlachtete er seine Opfer ab, durchbiß ihnen die Kehle. Kein Hahn krächte nach den jungen Burschen, niemand vermied sie und geschah es einmal — der Polizei war Haarmann unverdächtig, er war ihr Vigilant.

Die Raubpsychose.

Zwei jugendliche Handtaschenräuber vor Gericht.

Die Raubpsychose greift erschreckend um sich. Vor einigen Tagen war über einen 15-jährigen Räuber zu berichten, der stand vor dem Schöffengericht Tempelhof ein 18- und ein 19-jähriger. Wegen Strohraubens. Am 29. November vorigen Jahres gegen 9 1/2 Uhr abends lauerten die jungen Burschen einer alleingehenden Frau auf, der 19-Jährige blieb stehen, der 16-Jährige lief auf die Frau zu, sagte: „Die Aktentasche gehört mir“, rief sie an sich und lief davon. Die Frau, im ersten Augenblick starr vor Schreck, kam zu sich, schrie um Hilfe, zwei Männer, die von einer Seitenstraße einbogen, packten den Kumplice des Flüchtigen, dieser wollte anfangs mit dem Räuber nichts zu tun haben, dann gab er seine Mittäterschaft zu und nannte auch den anderen.

Ueber das Leben der beiden jungen Leute erfuh man in der Verhandlung nicht viel, wenn auch dem Gericht ausführliche Berichte des Jugendamts Tempelhof vorlagen. Der Ältere hatte weder Vater noch Mutter, lebte früher bei Pflegeeltern, arbeitete eine Zeitlang bei einem Landwirt und später in Berlin als Arbeiter auf einem Bau, wurde arbeitslos und erhielt 12,50 M. wöchentlich Unterstützung. Der Jüngere, dessen Vater gleichfalls tot ist, lebt mit der Mutter und befindet sich in der Lehre. Wie in den Burschen der Raubplan entstand, blieb unklar. Das Gericht verurteilte den 19-jährigen zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von 1 Jahr Gefängnis, den Jüngeren auf Grund Jugendgerichtsgesetzes zu 3 Monaten Gefängnis und Stellung unter Schutzaufsicht des Jugendamtes. Die Frage der Bewährungsfrist in bezug auf den Jüngeren sollte noch geprüft werden. Dem Älteren wurde Bewährungsfrist nach Verbüßung eines Teiles der Strafe in Aussicht gestellt.

Wie immer, entsteht hier die Frage: Hat es einen Zweck, den unvorbestraften und durchaus noch nicht verwahrlohten 19-jährigen auf wenige Monate ins Gefängnis zu schicken — die moderne Theorie ist ja gegen kurzfristige Strafen — damit er von Mitgefangenen zulern, was ihm noch fehlt. Wäre es nicht ratsamer, ihn unter der Drohung der ganzen Strafe zu belassen und ihn gleichfalls unter Schutzaufsicht zu stellen? Von der Frau aber, bei der er augenblicklich lebt und die für ihn sorgt — der 20-jährige Sohn dieser Frau hatte ihn vom Arbeitsamt zur Mutter mitgenommen — erfährt man, daß der junge Mensch einen Vorwand besaß, der sich

Denke legte selbst Hand an sich; so entkam er der irdischen Gerechtigkeit, mit ihm ein Schwand das Geheimnis seiner Missetaten. Auch er lockte die Wanderburschen zu sich in die Wohnung, auch er fütterte und mordete sie hin in einem unbewachten Augenblick. Mit dem Fleisch seiner Opfer trieb er Handel. Ein mißglückter Mordversuch wurde ihm Verhängnis. Wäre Denke nicht ein ganz simpler Mann gewesen, er hätte vielleicht anstatt sich das Leben zu nehmen, gleich Tetzner, sein Opfer des Ueberfalls bezichtigt.

Tetzner und Saffran kannten die Wanderburschen nicht zu sich in die Wohnung locken, das verbot ihnen ihre gesellschaftliche Stellung; sie, die nimmerkathen, wohlgenährten Bürger, im Geschäftsleben gescheitert, aber noch immer im Besitz einer wohlausgestatteten Häuslichkeit und mannigfacher gesellschaftlicher Beziehungen, waren zu feige, ihrem eigenen nutzlosen Leben ein Ende zu machen. „Wozu soll ich arbeiten“, sagte Tetzner, „ich kann auf andere Weise das Leben genießen.“ Und weshalb sollten Tetzner und Saffran auch nicht irgendeinem Namenlosen das Lebenslicht ausblasen, in Feuer aufgehen lassen. Was riskierten sie schon viel?

Die Wanderburschen sind gerächt. Zehntausende ihrer Leidensgefährten aber werden nach wie vor von Not und Verurungen, von Verbrechen und gewaltsamen Tod umlauert.

Motorradunglück auf der Todeschauffee.

Drei Todesopfer.

Bergeck, 27. März.

In der Nacht zum Freitag ereignete sich auf der sogenannten Todeschauffee zwischen Bohrdamme und Böberg ein schwerer Motorradunfall, dem drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Ein Motorrad mit Beiwagen, das mit drei Personen besetzt war, sauste in der gefährlichen Kurve vor Böberg in rasender Fahrt gegen einen dort haltenden schweren Möbelwagen. Das Rad wurde vollständig zertrümmert. Zwei Fahrer wurden auf der Stelle getötet, während der dritte so schwer verletzt wurde, daß er kurz nach seiner Einlieferung in ein Hamburger Krankenhaus starb.

um den Jungen nicht kümmerte und daß bis zu der Tat, die ihn auf die Anklagebank gebracht hat, eigentlich niemand da war, der sich seiner richtig angenommen hätte.

Die Internationale der Schuljugend.

Die Gesellschaft für internationale Erziehung (Eltern- und Freundebund für Schulgemeinschaften und Ferien-schulen), zu der sich die seit mehreren Jahren für den internationalen Schüleraustausch arbeitenden Organisationen zusammengeschlossen haben, veranstalteten im Konzerthaus „Clou“ eine Festlichkeit für Lehrer, Schüler und Eltern. Der offizielle Teil der Feierlichkeit begann mit der Begrüßungsansprache des Bezirksstadtschulrats Genossen Rydahl und einer Festrede des preussischen Kultusministers Genossen Grimm.

Der Minister feierte das gemeinsame Erziehungswerk, zu dem sich Schüler, Lehrer und Eltern nach dem Grundgeden der freiwilligen Gemeinschaftsarbeit zusammengeschlossen haben, als einen Akt wahrer staatsbürgerlicher Gesinnung, als den Versuch, durch Verständnis und freudliche Zusammenarbeit den Staatsbürger der Zukunft zu erziehen. Die Achtung und Liebe zur eigenen Nation steige nur durch die richtige und unvoreingenommene Schätzung der Kulturarbeit und wertvollen Eigenschaften der anderen Völker und diene der sich gegenseitig befruchtenden Schicksalsgemeinschaft der in Zukunft hoffentlich in Frieden und Freundschaft zusammenwohnenden Gesamtmenchheit. Der Minister beglückwünschte die Stadt Berlin zu ihrer Pionierarbeit bei dem internationalen Schüleraustausch und zu ihren Erfolgen bei diesem Werk. Auch französische und englische Gesänge, die von Schülern vorgelesen wurden, sprach der Rektor der Universität Lille, der zugleich der Generaldirektor des gesamten nordfranzösischen Unterrichtswezens ist. Er überbrachte die Grüße und besten Wünsche des französischen Unterrichtsministers und berichtete von den Erfolgen des Schüleraustauschs auch in pädagogischer Beziehung, die von 14 französischen Schulverwaltungen, darunter aus den Städten des früheren Kriegsgeliebts Lille, Cambrai, Arras usw., begeistert gelobt wurden.

Es sprachen noch Oberstudienrat Dr. Storr-Best, Schefield-England, der spanische Botschaftsattaché Rodino, der Botschafter der südamerikanischen Republik Kolumbien, Dr. Becerra Trebert, der die Hoffnung aussprach, den internationalen Schüleraustausch demnächst auch über die Grenzen Europas hinaus auszuweiten, und zum Schluß der Berliner Magistratsoberschulrat Henn.

Warum Maschinengewehre?

Wie zwei Schüler in Lübeck schwer verletzt wurden.

In diesen Tagen wurde über einen schweren Unglücksfall berichtet, der sich in Lübeck in einer Kaserne der Reichswehr zugetragen hat. Unter Führung eines Studierates beschäftigten zwei Klassen des Realgymnasiums, Untertertiar zwischen dreizehn und vierzehn Jahren, die Reichswehfkaserne. Auf dem Kasernenhofe wurde ihnen von Mannschaften des 2. Bataillons des Infanterieregiments 6 das Exerzieren am Maschinengewehr gezeigt. Darauf wurde ihnen in der Waffenmeisterei das Schießen mit dem Maschinengewehr erläutert. Der Waffenmeister bediente selbst und lud das Gewehr mit einem Curt Exerzierpatronen. Die Schüler hatten sich vor dem Lauf des Maschinengewehrs aufgestellt. Als der Waffenmeister das Gewehr in Tätigkeit setzte, kam plötzlich ein scharfer Schuß heraus, der einen Schüler schwer verletzte. Einem hinter ihm stehenden Klassenkameraden wurde der Daumen der rechten Hand abgerissen.

Die Fahrschifflichkeit des Waffenmeisters ist selbstverständlich durch nichts zu entschuldigen. Jedem Rekruten wird eingeprägt, daß die Diendung einer Waffe immer so zu halten ist, daß sich niemand ihr gegenüber befindet. Handelt er dem zuwider, wird er bestraft. Weiterhin aber ist zu sagen, daß den Studienrat der Vorwurf trifft, daß, nachdem er die Vorführung eines Maschinengewehrs bei seiner Bedienung zuließ, einen argen pädagogischen Mißgriff begangen zu haben. Unsere Jugend neigt zur Gewalt-

tätigkeit; sie hierin durch die Vorführung von Maschinengewehren zu bestärken, ist ein grober Fehler. In sich ist im Rahmen eines objektiven geleiteten staatsbürgerlichen Unterrichts auch gegen die Befähigung einer Kaserne der Reichswehr kaum etwas einzuwenden. Die Schulklassen hatten übrigens vorher die Einrichtungen der Lübecker Feuerwehr besucht, was für eine durchaus zu begründende Unterrichtsmethode spricht! Die praktische Vorführung eines Maschinengewehrs aber fällt aus dem Rahmen eines wünschenswerten staatsbürgerlichen Unterrichts unserer Schuljugend weit heraus und ist aufs schärfste zu verurteilen.

U-Bahn-Störung durch Selbstmordversuch.

Durch einen Selbstmordversuch wurde gestern in der Hauptverkehrszeit der U-Bahnbetrieb nahezu eine halbe Stunde lang gestört. Kurz vor 18 Uhr warf sich auf der Station Friedrichshagen ein 23-jähriges Mädchen vor die Räder eines ein-fahrenden U-Bahnzuges. Die Selbstmörderin wurde dabei so unglücklich zwischen Wagonwand und Bahnsteig eingeklemmt, daß die Feuerweh alarmiert werden mußte. Die Unglückliche wurde noch lebend aus ihrer furchtbaren Lage befreit und in die Universitätsklinik nach der Ziegelstraße gebracht.

Extra-Abblatt

BERLIN HAMBURG ALTONA KÖLN RESEN DANKWORT HANNOVER
Die C&A Seite
 JAHRESGES 1931 Gewidmet allen Freunden unseres Hauses und denen, die es werden wollen.
 DOSTLAND DR. SELIGER WAGNER & CO. HANNOVER
 Extra-Nr.

bringt heute nur diese sehr erfreuliche Mitteilung:

Mit einem lauten „Hoch!“ auf die niedrigen Preise ist unsere Abteilung

Herrn-Kleidung
 (natürlich auch mit Jünglings- und Knaben-Kleidung)
 in unser Geschäft
Oranienstr. 40
 eingezogen!

Damit ist auch dieses Geschäft in die Reihe derer eingereiht, in denen die ganze Familie ihre Kleidung kaufen kann.

Was C & A leistet, und wie vorteilhaft Sie bei uns kaufen, das zeigen Ihnen die nebenstehenden beiden Angebote,

Der sehr flotte moderne blaue Sakk-Anzug - der für jede Gelegenheit richtig ist - aus „reinem Kammgarn“, tadellos im Sitz und äußerst elegant im Aussehen; ganz famos auf rein Leinen und Rohhaar verarbeitet, für

28²⁵

Der traumhaft schöne, elegante Mantel aus weichem Fleur de laine, reich geschmückt mit zartem Sommerpelz und einer koketten, kleinen Lederblume, tadellos und ganz auf gutem Füller gearbeitet, für

29⁷⁵

die Ihnen sofort in unseren 3 Berliner Geschäften zur Verfügung stehen!



Also:

GEHEN SIE ZU



Königstraße 33
 Am Bhf. Alexanderplatz

Oranienstraße 40
 Am Oranienplatz

Chausseestr. 113
 Beim Stettiner Bahnhof

Theater,
Lichtspiele usw.

Sonnabend, 28.3
Staats-Oper
Unter d. Linden
20h. A-V
30 Uhr
Eine Nacht in
Venedig
Ende g. 22 1/2 Uhr

Sonnabend, 28.3
Städt. Oper
Bismarckstr.
Turnus III
19 1/4 Uhr
Die
Afrikanerin
Ende g. 23 Uhr

Staats-Oper
im Platz der Republik
V-B
19 1/4 Uhr
Madame
Butterfly
Ende g. 22 Uhr

Staatl. Schausph.
(am Gendarmenmarkt)
179 A-V
20 Uhr
Die Mitschuldigen.
Die Matrone von
Ephesus
Ende g. 22 1/2 Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charitb.
20 Uhr
Die Journalisten
Ende gegen 23 Uhr

SCALA Tägl. 2 Vorst.
5 u. 8 1/2 Uhr
Barbarossa 9256

Nachm. 50 Pf. bis 3 M., abends 1 bis 5 M.
Dolce u. Bille
Dance Fables Co.
mit Estelle Matern
und weitere Attraktionen.

PLAZA Tägl. 5 u. 8 1/2
Sonn. 2, 3 u. 8 1/2
E. 4, Alex. 8066

Nachm. 50 Pf. - 1 M., abds. 1-2 M.
Hermann Leopoldi
der berühmte Wiener Humorist
Orlando-Truppe, Esmanoff & Gerda usw.

ROSE
THEATER

Große Franzfurter Straße 132
U-Bahn Strausberger Platz
6 tägiger Vorverkauf täglich
von 11-1 Uhr und 4-9 Uhr
Tel. Bestelle. v. Alex. 3422 u. 1492

ausg. 2 30 5 44 8 10
Sonnabend 7 10 13 16
Vom Montag bis Freitag 15

Nur noch bis 6. April
Die Faschingsfee
Operette von Kálmán
Regie: Paul Rose
Tänze: Georges Bianvalet
„Kálmán holte sich im Rose-
Theater einen großen Erfolg.“
(Morgenpost)

„Das Rose-Theater entwickelt
sich zu einer besonderen Ber-
liner Pflegestätte der guten
Operette.“ (Volks-Zeitung)

Abendpreise von 0.50 - 3 M.

Gelegenheitskauf!
Zwei Goldstücke umgänglich billig
abgegeben. Büro: D. Weidemann 3121.

Hier sehen Sie schon
für 50,- über 100 Artisten
und 500 Tiere
Nur noch einige Tage

Täglich 3 1/2 u. 8 1/2 Uhr
Kinder und Erwachsene
nachmittags halbe
Preise. Tägl. 10-18 Uhr
Tierschau Erwachsene
50 Pf., Kinder 30 Pf.

Vorverkauf
Tel. Bärw. 8598
Wertheim, Tietz
Theaterkassen

0-81. GutsMuths-Str. 3 u. 141
Linien 5, 4, 6, 15, 21, 25, 115 bis Bismarckstr.
Linie 24 bis Jussow-Str.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
8 Uhr
Die beiden
Adler
Sonntag, 29. März
8 Uhr
Hans Albers
in
Lillom

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Die
Journalisten.

Deutsches Theater
8 Uhr
Sende zum 25. Male:
Der Hauptmann
von Köpenick
v. Carl Zuckmayer
Regie: Heinz Hilpert

Kammerspiele
8 1/2 Uhr
Diese alte
Canaille
v. Fernand Nozière
Regie: Eugen Robert.

Die Komödie
8 1/2 Uhr
Kommt ein Vogel
gefliegen...
v. Walter Hasenclever
Regie: Gustav Hartung

Kurfürstendamm-
Theater
Bismarck 149
8 Uhr
Das schwache
Geschlecht
v. Edouard Bourdet
Regie: Max Reinhardt

Kleines Theat.
Heute 8 Uhr
Premiere
Erika Gläßner
in:
Der stille
Kompagnon
Lustspiel von Leo Lenz,
Wurz, Zesch-Balot,
Kaufmann,
Klubertanz.

Winter
Garten
8 15 Uhr. Lentz. 2019. Kochen erhebt.
Ein alles überragendes
Variétéprogramm
außerdem Breitensträter präsentiert
Pistuffa.
Sonnabend und Sonntags je 2 Vorstellungen
4 und 8 1/2 Uhr. 4 Uhr kleine Pr.

8 1/2 Uhr CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr
Lothringer Straße 87.
Nur noch bis 2. April
O diese Schwiegerväter
und das erste bunte Programm!
Sonnabend, den 4. April 1931 zum ersten Male
„Er träumt von Jise“
Gutschein 1-4 Personen
Fauteuil 1,25 M., Sessel 1,75 M.
Sonstige Pr.: Parkett 75 Pf., Rang 60 Pf.

GROSSES SCHAUSPIELHAU
Tägl. 8 Uhr. Im wiesener Nebst.
Sig. nachm. 3 Uhr Originalbesetzung
billige Preise Regie: Erik Charrel

Täglich 8.15
DAS BLAUE HEMD
VON ITHAKA
MUSIK: J. OFFENBACH
THEATER IM ADMIRALSPALAST

Reichshallen - Theater
Abends 8 Uhr Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr
Stettiner Sänger
Neu! Neu!
„Ballettschule Klappermatt“
Nachm. ermäßigte Preise
Dönhoff-Brettel
Variété - Konzert - Tanz!

Moorbad Pretzsch-Elbe
das bestbewährte Heilbad
bis 15 April Kurpauschale für
28 Tage 60.- RM.

Sommerrutsche Neuenberg (Frankenwald).
Waldreiche Gegend, schöne luftige Zimmer,
12 Betten, ruhige Lage auf dem
Bande, 8 Minuten vom Walde entfernt.
Bei jeder Session im Saal mit Sommer-
fest und 4 fröhliche Blühzeiten 50, 4,-
Grasplatz und Wiesen zum Spielen.
Landhaus Friedrich Wunne,
Neuenberg - Marktbergel (Frankenwald)
Bahnhofstation Müchberg (Oberfranken)

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien

Einladung
zu der
am Sonnabend, dem 18. April 1931, vormittags 11 Uhr,
in unserem Gebäude Berlin, Behrenstraße 68-70, stattfindenden
ordentlichen Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Erstattung des Geschäftsberichts für 1930.
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz mit Gewinn- und
Verlustrechnung für 1930 und die Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Entlastung der persönlich haftenden Ge-
sellschafter und des Aufsichtsrats.
4. Aufsichtsratswahlen.

Zur Stimmabgabe sind diejenigen Kommanditisten berechtigt, welche
ihre Aktien oder den von einem Notar oder von einer Effekten-Giro-Bank
über die Aktien ausgestellten Hinterlegungsschein spätestens am 15. April d. J.
bei einer der nachbezeichneten Stellen deponieren, und zwar

- 1. bei unseren Hauptniederlassungen in
Berlin (Behrenstr. 68-70), Bremen, Darmstadt;
- 2. bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigniederlassungen;
- 3. in Wuppertal-Barmen bei dem Barmer Bank-Verein Hinzberg,
Fischer & Comp., Kommanditgesellschaft auf Aktien,
Breslau bei dem Bankhaus Lichborn & Co.,
Dank bei dem Danziger Bank für Handel und Gewerbe
Aktiengesellschaft,
Essen a. d. Ruhr bei dem Bankhaus Gebrüder Hammerstein,
bei dem Bankhaus Simon Hirschland,
Frankfurt a. M. bei der Deutschen Effekten- und Wechsel-Bank,
bei dem Bankhaus Otto Hirsch & Co.,
bei dem Bankhaus Lincoln Menay Oppenheimer,
bei dem Bankhaus Jacob & H. Stern,
bei dem Bankhaus Gebrüder Salzbach,
Hamburg bei dem Bankhaus L. Behrens & Söhne,
bei dem Bankhaus Joh. Berenberg, Gossler & Co.,
bei dem Bankhaus M. P. Warburg & Co.,
Hannover bei dem Bankhaus Ephraim Meyer & Söhne,
Karlsruhe bei dem Bankhaus Veit L. Homburger,
Köln bei dem Bankhaus A. Levy,
bei dem Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.,
Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
München bei dem Bankhaus Merck, Fleck & Co.,
Nürnberg bei dem Bankhaus Anton Kohn,
- 4. in Amsterdam bei der Amsterdamschen Bank,
bei der Internationales Bank te Amsterdam,
Wien bei der Mercobank.

Berlin, den 26. März 1931.

Darmstädter und Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Bodenheimer Goldschmidt

Barnowsky - Bühnen
Theater in
der Stresemannstr.
8 1/2 Uhr
Amphitryon 38
Komödie von
Jean Giraudoux
Inszenierung:
Victor Barnowsky

Komödienhaus
8 1/2 Uhr
Eine
königliche
Familie

Theater d. Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
sowie Sonntags auch 10 1/2
Franz Lehár
Sensationserfolg!
Schön ist die
Welt

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Das Verblühen
v. Montmartre
Operette v. Kaiman
Gitta Alpar, Anni
Allers, Karl Jochen,
Gün. Waldemar u. G.
Ergun Gossig als Gast.

Piscator-Bühne
(Wallner - Theater)
Alex. 4592-93.
Täglich 8 1/2
Des Kaisers Kuli
Für Leser unserer Zeitung
Dr.-Sensal statt 6 nur 3 M
Parkett-F. 4 - 2
- 3 - 1.50
Rang - 2 - 1 M

KLEINE
ANZEIGEN
in der Gesamtanfrage
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
sehr billig!

Witt-Oper
Griffith, Str. 8
Tel. 81, 1/2
Der
Inbegriff
Abend
Sonntags
auch 10 1/2
ermäß. Preise.

Lessing - Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Die schöne
Alexandra
Loseff, Schollwer, Fall,
Vepperman, Siska

Qualität siegt!
Sanella
MARGARINE

ist Qualität!
Darum kaufe
jede Hausfrau

Sanella
MARGARINE

die Feine,
preiswert
wie keine

nur
35
1/2 Pf

Amphitryon 38
Komödie von
Jean Giraudoux
Inszenierung:
Victor Barnowsky

RIZLA
Zigaretten wieder teuer! Aber nicht für Sie!
Drehen Sie Ihre Zigaretten selbst mit
Zigarettenpapier „Riz La“ - 40 Blatt 20 Pfg.
Fragen Sie Ihren Zigarrenhändler!
Lieferung für Groß-Berlin nur an Händler durch:
Fabrik-Niederlage: J. Goldfarb, Berlin SW. 48,
Hedemannstraße 11. - Fernspr.: Bergmann 4352.
General-Vertrieb für Deutschland:
Tabak-Manufaktur „Pardos“, Frankfurt a. M. 1

Neues Theater
am Zoo
am Bahnh. Zoo, Stpl. 6554
Täglich 8 1/2 Uhr
Voruntersuchung
von Max Aisberg u.
Otto Ernst Hesse
Preise 1-8 Mark.
Sonntag nachm. 4 Uhr
Voruntersuchung
in der vollen Abend-
besetzung zu halben
Preisen

HAUSWATERLAND
Vergnügungs-
Restaurant
Berlins
BETRIEB
KEMPINSKI

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr
Der Lügner u.
die Nonne
von
Kurt Götz
komische Oper
8 1/2 Uhr
Kleine Preise
Peppina
unter persönlicher Leitung des
Kompositors
Robert Stolz
in der Premierebesetzung

HOTEL
EXCELSIOR
am Anhalter Bahnhof
Die
Pekenswürdigkeit
Berlins!
Zimmer: 1 Bett M.7-b.11;
2 Betten M.14-bis 22;
Bad M.3; Salon M.10.
Keine höheren Preise!

Kranken- und Sterbekasse der i. allgemeinen
Verkehrswesen beschäftigten Personen und
verwandten Berufsgenossen Eintracht (V. a. G.)
Geschäftsstelle: Berlin R. 54, Rindlerstr. 19
Fernsprecher: D 2, Weidenbaum 7971
Einladung
zur außerordentlichen Generalversammlung
am Montag, dem 27. April 1931, um 10 Uhr,
im Restaurant Spiegel, Werdsee 1.
Zugangsnummer:
Eintrag auf Herberich der 88 7 und 10
der Satzung.
Der Vorstand, J. G. & Sutz

Herr Petschke brüstet das Reich.

Schwere Zusammenstöße auf der Ise-Generalversammlung.

Der Ise-Braunkohlkonzern in Senftenberg hat in den letzten Jahren viel von sich reden gemacht, und zwar meistens in unerfreulicher Art. Besonders Auffsehen erregte seinerzeit die geheimnisvolle Art und Weise, mit der durch den verstorbenen Generaldirektor Schumann Herrn Ignaz Petschke ein Millionen-Aktienpaket der Ise in die Hände gespielt wurde. Gegen Herrn Ignaz Petschke, den heute mächtigsten Großaktionär bei der Ise sind seit langem schwerwiegendste Angriffe in der Öffentlichkeit wegen seiner Doppelrolle als Grubenbesitzer und Kohलगroßhändler erhoben worden, die von den zuständigen Stellen leider immer noch nicht geklärt sind.

Die Skandalösen Vorfälle, die sich gestern auf der Generalversammlung der Ise L.G. abgespielt haben, zwingen den unbefangenen Beobachter die Feststellung auf, daß

die Geschäftspolitik des Braunkohlens magnaten Ignaz Petschke in der Tat viel zu verbergen hat.

Die Generalversammlung der Ise hatte gestern die Aufgabe, neue Wahlen zum Aufsichtsrat vorzunehmen, der sich infolge Todesfall von 15 auf 13 Mitglieder verringert hatte. Völlig überraschend brachte die Verwaltung den Antrag ein, den Aufsichtsrat künftig auf 14 Mitglieder zu beschränken und daher nur eine Persönlichkeit neu zuzuwählen. Für die Neuwahl schlug die Verwaltung den bekann ten mitteldeutschen Braunkohlindustriellen Konrad Pfäfers vor.

Im vergangenen Jahr hat nun das Reich über die reichseigene Vereinigte Industrieunternehmungen A.G. (Viag) von der Ise ein Aktienpaket in Höhe von 4,7 Millionen Mark Stammaktien und 1,3 Millionen Mark Vorzugsaktien erworben. Dieser Kauf hängt mit den elektropolitischen Interessen des Reiches zusammen. Die Viag, bzw. das Reich, ist also jetzt Großaktionär bei dem Ise-Konzern, und es liegt auf der Hand, daß das Reich, seinem Aktienbesitz entsprechend, auch im Aufsichtsrat der Ise vertreten sein muß. Der Vertreter der Viag, Dr. Landauer, erklärte auch persönlich in der Generalversammlung, daß das Reichsunternehmen Wert darauf lege, daß Kommerzienrat Lenzmann in den Aufsichtsrat der Ise gewählt werde. Auch mehrere freie Kleinaktionäre schlossen sich diesem Vorgehen an, wobei ein Sprecher

darauf hinwies, daß die Gruppe Petschke bei einem gleich starken Aktienbesitz, wie ihn das Reichsunternehmen jetzt aufweisen könne, sogar zwei Aufsichtsratsitze für sich beansprucht habe.

Die Antwort des leitenden Ise-Direktors Reinhardt, der als Sprachorgan von Ignaz Petschke anzusehen ist, stellte

eine glatte Brüstung der Viag und damit des Reiches

dar, wie sie krasser nicht gedacht werden kann. Er erklärte rund heraus, daß es bei solchen Gelegenheiten grundsätzliche Gegensätze geben könne. Derartige Gegensätze lägen zurzeit noch zwischen der Ise und der Viag vor. Aus diesem Grunde müsse die Ise-Verwaltung es heute noch ablehnen, einen Vertreter der Viag in den Aufsichtsrat hinzuzuwählen. In der darauf folgenden Abstimmung wurde die Wahl des vorgeschlagenen Viag-Vertreters Dr. Lenzmann in den Aufsichtsrat abgelehnt, und zwar mit 229 561 gegen 50 931 Stimmen. Hiergegen gab die Viag und der Aktionär, Rechtsanwalt von Berg Froese zu Protokoll. Bei der Abstimmung haben neben den Verwaltungsstimmen sich auch die Banken auf die Seite Petschkes geschlagen und gegen das Reich gestimmt.

Dieser Fall Ise ist deswegen von so grundsätzlicher Bedeutung, weil er zeigt, wie Herr Petschke jeglichen, durch die Besitzverhältnisse auch noch so begründeten,

Einfluß des Reiches zu sabotieren

sucht. Es liegt auf der Hand, daß sich durch die Zunahme des Viag-Vertreters die Machtverhältnisse im Aufsichtsrat des Ise-Konzerns überhaupt nicht geändert hätten. Der Einfluß der Verwaltungsgruppe unter Petschkes Führung ist groß genug, um etwaige unliebsame Anträge des Reichsvertreters abzulehnen. Der wahre Grund zu der Wahlabsage auf der Ise-Versammlung kann also einzig und allein nur darin liegen, daß die Verwaltung der Ise allen Anlaß hat, in ihre Geschäftspolitik niemanden außer den jetzigen Mitgliedern des Aufsichtsrats und der Direktion hineinsehen zu lassen. Dies läßt nur den einen Schluß zu, daß die in der Öffentlichkeit bereits vielfach angegriffene Braunkohlpolitik des Herrn Petschke eine derartige ist, daß sie sich nur hinter verschlossenen Türen durchführen läßt.

Debatten um die Kohlenwirtschaft.

In der Volksversammlung des Reichskohlenrats. — Händlergewinne hemmen Preisföpfung.

In der Volksversammlung des Reichskohlenrats, die am Freitag in Berlin stattfand, erstattete Berghauptmann Bennhold einen Bericht über die Lage der Kohlenwirtschaft. Die Gesamtkohlenförderung Deutschlands (Braunkohlen auf Steinkohlen umgerechnet) ist danach im Jahre 1930 auf rund 175 Millionen Tonnen gegenüber einer Gesamtziffer von rund 202 Millionen Tonnen im Jahre 1929 zurückgegangen. Die deutsche Kohlenhandelsbilanz ergibt für 1930 einen Ausfuhrüberschuß von etwas über 576 Millionen Mark. Er bleibt hinter dem des Vorjahres um reichlich 70,5 Millionen Mark zurück, ist aber um 20 Millionen Mark höher als im Jahre 1928. Die Steinkohलगewinnung der Welt bleibt mit 1207 Millionen Tonnen um rund 115 Millionen Tonnen hinter der des Vorjahres zurück und ist unter die Weltförderung des letzten Vorkriegsjahres, in der sie 1216 Millionen Tonnen betrug, gesunken. Vom Rückgang entfallen 72 Millionen Tonnen auf Amerika, während Europa reichlich 52 Millionen Tonnen verloren hat. Die Produktion in den übrigen Erdteilen hat sich behauptet.

Ueber die internationale Kohlenverständigung führte Bennhold aus, daß die Frage einer zwischenstaatlichen Regelung nach wie vor in der Öffentlichkeit und in den verschiedenen Parlamenten, gelegentlich auch von Vertretern der Regierungen behaft erörtert werde. Aber zu einer grundlegenden Aussprache zwischen den beteiligten Industriekreisen selbst, deren Anbahnung dem Vernehmen nach noch vor einigen Monaten von englischer Seite in Aussicht genommen war, sei es bisher nicht gekommen. Interessant waren Bennholds

Ausführungen über die russischen Verhältnisse.

Selbstverständlich ist es der russischen Regierung gelungen, die Förderung zu steigern. Man hat viel Energie und viele Mittel dafür verwandt. Nach Bennhold hat der russische Bergbau aber den größeren Anforderungen nicht genügen können. Dabei machten sich Mangel an tüchtigen Bergleuten und die Reizung der russischen

Bergarbeiter, die Arbeitsstelle sehr oft zu wechseln, unangenehm bemerkbar. Der Versuch, diese Unzulänglichkeiten durch Einführung von deutschen Bergarbeitern abzustellen, sei kläglich gescheitert. Die Erfahrungen dieser Auswanderer, die sich im Sommer 1930 durch russische Umlerber nach dem Donez- und Uralgebiet verlocken ließen, seien denkbar schlecht gewesen. Die ihnen für Lohn, Unterkunft, Behandlung und Ausstattung gemachten Versprechungen seien nicht gehalten worden, und die unglücklichen Opfer dieses Versuchs wären trotz gewesen, als sie mit Mühe und Not dem russischen Elend den Rücken hätten wenden können. Rußland verhalte auch, seine Kohlen zu Dumpingpreisen loszuschlagen, was auf die Devisennot des Landes zurückzuführen sei. Es sei nur allzu verständlich, wenn die beteiligten Länder energisch Front gegen die Störungsversuche machten.

Im Anschluß an die Berichterstattung kam es zu einer ausgedehnten Debatte. Zunächst mußte der Bericht Bennholds in einem Punkt richtiggestellt werden. Der Bericht sagt, daß die Bergarbeiterinternationale mit ihrer Forderung nach Siebenstundenschicht im Bergbau auf den nachdrücklichen Widerstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes gestoßen sei. Schmidt vom Bergarbeiterverband unterstrich, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit der Forderung der Bergarbeiter durchaus einverstanden sei.

In der weiteren Debatte sprachen Martiniöller und Dr. Berger vom Bergarbeiterverband, Halbsell vom Batah und Sieeger von den Christlichen Gewerkschaften. Die Auseinandersetzung drehte sich um die Ursache der Kohlenkrise. Die Arbeitnehmervertreter verwiesen darauf, daß die gegenwärtige Krise im Kohlenbergbau vorwiegend strukturelle Ursachen habe. Man habe unter Aufwand großer Kapitalmengen im Bergbau eine Ueberkapazität geschaffen. Diese würde sich jetzt aus und belaste die Produktion. Der Bergbau habe versucht, zu einem Kostenausgleich zu kommen. Dabei hätten die Unternehmer aber immer an die Lohnkosten gedacht und versucht, diese zu drücken.

Hier sei man bis an die Grenze des Außersten gelangt. Dabei müsse berücksichtigt werden, daß der Lohnanteil ständig sinke und sich unter Vorkriegsstand abgeflacht habe. Ein weiterer Kostenausgleich sei nur möglich durch Druck auf die Kapitalkosten. Die unbeschäftigte Kapazität sei zu teuer. Die Syndikate hätten den Kohlenpreis um 8 bis 9 Proz. gesenkt; im Kohलगroßhandelsindex sei aber nur eine Senkung von 4,5 Proz. eingetreten. Das beweise, daß man nicht nur in der Kohlenproduktion, sondern auch im Kohlenhandel eine unrentable Ausweitung vorgenommen habe. Demgegenüber versuchten die Kohlenhändler, für die nicht genügende Preisföpfung die Frachten verantwortlich zu machen, die nicht verbilligt worden seien.

Ein praktisches Ergebnis hatte die Debatte nicht und konnte sie auch nicht haben, solange die gemeinwirtschaftliche Kontrolle der Kohlenwirtschaft nicht wesentlich erweitert und gestärkt wird.

„Wirtschaftsprüfer.“

Die staatliche Regelung des Buchprüfungswesens.

Im Gesetzentwurf über die Aktienrechtsreform ist bekanntlich die Einführung der regelmäßigen jährlichen Pflichtrevision für sämtliche größeren Aktiengesellschaften vorgesehen, und das Gesetz über die Neuordnung der staatlichen Aufsicht über die Privatversicherung und über die Bauparaffen führt für diese Unternehmungen die Pflichtrevision bereits jetzt ein.

Das Buchprüfungswesen ist bis jetzt sehr wild gewachsen. Seit einem Jahr sind nun Verhandlungen über eine staatliche Regelung des Buchprüfungswesens im Gange. Wie in der Zeitschrift „Der praktische Betriebswirt“ mitgeteilt wurde, ist folgende Regelung vorgesehen: Die Organisation des Buchprüfungswesens wird nicht vom Reich vorgenommen, sondern auf der Grundlage einer Ländervereinbarung. Das Uebereinkommen enthält gemeinsame Vorschriften über die Zulassung zur selbständigen Tätigkeit als „Wirtschaftsprüfer“, wie die neue Berufsbezeichnung lauten soll. Für die Zulassungsstellen ist folgende Organisation vorgesehen:

Beim Industrie- und Handelstag wird eine Hauptstelle errichtet, bestehend aus Vertretern der Spitzenverbände der Unternehmer, der Organisationen des Revisionswesens, der Länder und der Hochschulen. Die Hauptstelle stellt die Zulassungsbedingungen und die Prüfungsordnungen auf. Die Zulassung selbst erfolgt durch die Zulassungs- und Prüfungsstellen, die in einigen Großstädten errichtet werden sollen. Sie weisen eine ähnliche Zusammensetzung auf wie die Hauptstelle.

Die Zulassung soll an folgende Bedingungen geknüpft werden: Sechsjährige praktische Tätigkeit, davon drei Jahre Buchprüfungstätigkeit; theoretische betriebswirtschaftliche Vorbildung; Ablegung einer Prüfung, für die im wesentlichen betriebswirtschaftliche und juristische Vorkenntnisse verlangt werden. Für einen Zeitraum von fünf Jahren sind Uebergangsbestimmungen vorgesehen, wonach die Ablegung der Prüfung in bestimmten Fällen erlassen werden kann. Die Zulassung kann nur für selbständige Berufsprüfer bzw. deren zeichnungsberechtigte Vertreter und für gesetzliche Vertreter oder Prokuristen von Treuhandgesellschaften erfolgen. Von den Treuhandgesellschaften wird verlangt, daß mindestens einer ihrer gesetzlichen Vertreter bzw. Geschäftsführer zugelassen ist.

Daß eine staatliche Regelung des Buchprüfungswesens bereits dringend notwendig ist, muß ebenso anerkannt werden wie die Absicht, die Zulassung der Buchprüfungstätigkeit an strenge persönliche und fachliche Bedingungen zu knüpfen. Denn nur wenn auf diese Weise eine Gewähr dafür geschaffen wird, daß die Revision der Unternehmungen in die Hand persönlich und fachlich geeigneter Prüfer gelegt wird, wird die Pflichtrevision die Aufgabe erfüllen können, die ihr im Interesse der Durchleuchtung der Privatwirtschaft gestellt werden muß. Es muß freilich gesagt werden, daß fachliche Eignung nicht immer nur auf Hochschulen erworben werden kann, und es muß daher verlangt werden, daß jene Ausnahmen von dem von manchen interessierten Kreisen angestrebten Akademikerprinzip gemacht werden, die den Aufstieg begabter und theoretisch und praktisch gut durchgebildeter Nichtakademiker ermöglichen.

Schließlich soll unserem Bekannten darüber Ausdruck gegeben werden, daß man bisher nicht daran gedacht zu haben scheint, daß auch die 15 Millionen Arbeiter und Angestellten zur Wirtschaft gehören. Es muß entschieden verlangt werden, daß die Spitzenverbände der Arbeitnehmer genau so zur Mitwirkung an der Hauptstelle und an den Zulassungsstellen herangezogen werden wie die Spitzenverbände der Unternehmer.

Wintershall kürzt seine Dividende.

Vorsichtige Zukunftspolitik.

Der Wintershall-Konzern, das mächtigste Unternehmen in der deutschen Kallindustrie, hat bei seinem jetzt veröffentlichten Jahresabschluss für 1930 seine Dividende überraschend von 12 auf 8 Prozent gesenkt. Aus den Betriebsergebnissen selbst ist diese Kürzung der Aktionärsgehälter nicht ohne weiteres ersichtlich.

Zum Frühjahr farbige

Damen-Strümpfe und Herren-Socken in allen mod. Farben.

50 12. 50 15. 50 18. 21.

Kein höherer Preis mehr!

SALAMANDER

So ist der Absatz gegenüber 1929 nur unwesentlich von 5,8 auf 5,55 Millionen Doppelzentner zurückgegangen. Andererseits weist der Geschäftsbericht noch auf Besserung der Einnahmen aus den freiliegenden Geldern hin, doch auch dieser Rückgang dürfte die starke Gewinnföhrung nicht erklären. Den Hauptanteil hieran scheint vielmehr ein sehr starkes Abschreibungsbedürfnis auf die Wertpapiere zu haben, denn an den Kursverlusten dieser bei der Kapitalbank ruhenden Wertpapiere und Beteiligungen hat der Winterschaltungsvertrag gemäß mit zu tragen.

Da diese Sonderabschreibungen vorweg abgezogen sind, ergibt der ausgewiesene Rohgewinn von 59,4 gegen 68,1 Millionen kein treffendes Bild. Nach Abzug nur wenig veränderter normaler Abschreibung auf die Wertanlagen in Höhe von 19,3 Millionen verbleibt ein Reingewinn von 15,9 gegen 23,7 Millionen im Vorjahr, aus dem eine Dividende von 8 gegen 12 Prozent auf das Kapital von 200 Millionen Mark ausbezahlt wird.

Neben dem besonderen Abschreibungsbedarf auf die Wertpapiere und Beteiligungen stellt die Dividendenföhrung zweifellos eine Vorkehrungsmaßnahme für die Zukunft dar, die von der Winterschalt-Verwaltung in Anbetracht der anhaltenden schweren Weltagrarkrise ungünstig beurteilt wird. So weist der Geschäftsbericht auf das starke Absinken der Syndikatsumsätze im Januar und Februar hin und rechnet bei Ablauf des Düngejahres (Mai bis April) mit einem Umsatzausfall von zwei Millionen Doppelzentnern Reintall für das Syndikat.

U.S.A. Elektro.

Erste Krisenwirkungen in der amerikanischen Elektroindustrie.

Die großen amerikanischen Elektrokonzerne sind, wie ihre Umsatz- und Gewinnziffern zeigen, von der Krise durchweg stark betroffen worden. Verglichen mit Deutschland, unterscheidet sich jedoch die Krisenentwicklung darin, daß in Deutschland vorwiegend das Inlandsgeschäft zusammengedrückt ist, während der Export sich relativ gut gehalten hat. (Rückgang nur um etwa 1 1/2 Proz.) Dagegen ist der amerikanische Elektroexport von 130 auf 119 Millionen Dollar zurückgegangen, d. h. um über 8 Proz. In Deutschland hat sich die Schwachstromindustrie, insbesondere auch die Radioindustrie, recht widerstandsfähig gezeigt, während diese Gruppe in den Vereinigten Staaten ebenfalls stark gelitten hat.

Die führende amerikanische Radiogesellschaft, die Radio Corporation of America, zeigt z. B. einen Rückgang ihrer Rohinnahmen von 182 auf 137 Millionen Dollar, d. h. um rund 25 Proz. Der Reingewinn ist noch stärker, nämlich auf ein Drittel des Standes von 1929, zusammengedrückt (von 15,9 auf 5,5 Millionen Dollar). Die Zahlung einer Stammaktiendividende fällt wiederum aus.

Die großen starkstromtechnischen Unternehmungen der Vereinigten Staaten zeigen ähnliche Ausfälle wie die deutschen. Bei der General Electric Co. ging z. B. der Umsatz von 415 auf 376 Millionen Dollar zurück, d. h. um etwa 9,5 Proz., der Reingewinn von 67,3 auf 57,5 Millionen Dollar, d. h. um 14,5 Proz. Das zweitgrößte Unternehmen, die Westinghouse Electric and Manufacturing Co., ist von der Krise noch etwas stärker betroffen worden. Der Umsatz betrug nur 180 Millionen Dollar, rund 17 Proz. weniger als im Jahre 1929. Der Reingewinn ist sogar von 27,1 auf 11,9 Millionen Dollar zusammengedrückt, d. h. auf weniger als die Hälfte des vorjährigen Ergebnisses.

An dritter Stelle steht die Allis-Chalmers Manufacturing Co., deren Reingewinn auf 3,6 Millionen Dollar zurückgegangen ist, etwa 17 Proz. weniger.

Weltorganisation für Getreide.

Politische Getreidepreise durch Ausführregelung.

Der Staatssekretär im ungarischen Ackerbauministerium, Baron Georg von Pronay, macht in einem für die internationale Getreidekonferenz in Rom bestimmten Vortrag, betitelt „Die internationale Regelung der Getreidepreise“, interessante Vorschläge, in denen es u. a. heißt:

„Der Exportüberschuß aller Getreideausfuhrländer der Welt beträgt 345 Millionen Meterzentner. Der Einfuhrbedarf aller Getreideeinfuhrländer der Welt beträgt 230 Millionen Meterzentner. Der Weltausfuhrüberschuß beträgt somit 115 Millionen Meterzentner. Davon ist abzüglich derjenigen Vorrat, der auch in normalen Zeiten jährlich vorhanden zu sein pflegt und mit etwa 45 Millionen Meterzentner angegeben werden kann. Allerdings hat sich dieser in den letzten vier Jahren infolge der teilweise Abfuhrstockung auf 70 bis 80 Millionen Meterzentner erhöht. Die jährliche Vergrößerung des Ueberschusses ist mit etwa 20 Millionen Meterzentner anzunehmen. Der Kongreß hat somit die Frage zu lösen, was mit dieser verhältnismäßig kleinen Menge, die den Preissturz hervorruft, geschehen soll. Pronay schlägt vor, eine Weltorganisation der Ausfuhrländer zu schaffen. Diese Organisation, die kein Getreide exportieren darf, wird für jeden Staat das Ausfuhrkontingent feststellen und auch die Preispolitik beeinflussen. Der Ueberschuß soll für menschlichen Verbrauch unbrauchbar gemacht und als Viehfutter ausgeführt werden. Von einer Erhöhung der Anbaufläche soll abgesehen werden. Ausfuhrstaaten, die sich dem nicht unterwerfen wollen, sollen dann von den Einfuhrstaaten gewissermaßen boykottiert werden.“

Die Vorschläge sind interessant und fast revolutionär zu nennen, aber auch reichlich utopisch.

Wieder eine Beamtenbank gefährdet.

Die Nordwestdeutsche Bank in Hannover, die dem Deutschen Beamtenbund nahesteht, hat ihre Zahlungen eingestellt. Eine Stützungsaktion ist von der Nordwestdeutschen Genossenschaftsbank bereits eingeleitet.

Die Nordwestdeutsche Bank läßt sich zu der Zahlungseinstellung folgendermaßen aus: „Um die Gläubiger der Nordwestdeutschen Bank A.-G. vor Schwierigkeiten zu bewahren, hat sich die Nordwestdeutsche Genossenschaftsbank e. G. m. b. H., Hannover, entschlossen, als Ueberbrückungsmaßnahme den Gläubigern der Bank einen Teil ihrer Guthaben zu bevorzugen.“ Die bei der Nordwestdeutschen Bank A.-G. eingegangenen Gehaltsüberweisungen für April werden in voller Höhe ausgezahlt werden.“

JUGENDWEIHEN

der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften Berlins

Sonntag, den 29. März

- Berlin, Volksbühne am Bülowsplatz um 9 1/2, und 12 Uhr
- Spandau, Aula der Oberrealschule, Spandau, Friedrich-Ecke Moltkestraße um 10 Uhr
- Lichtenberg, Aula des Gymnasiums Lichtenberg, An der Parkaue um 10 und 13 Uhr
- Weißensee, Stadthalter Weißensee, Pistoriusstraße 23 um 10 Uhr
- Charlottenburg, Aula der Sophie-Charlotte-Schule, Charlottenburg, Schorrenstraße 23/27 um 11 Uhr
- Pankow, Tivoli-Lichtspiel-Pankow Berliner Straße 27 um 11 Uhr
- Musik - Gesang - Rezitationen - Sprecher - Weherede

Eintritt: Erwachsene 75 Pf., Kinder 50 Pf. Für die Volksbühne Erwachsenenkarten 1,- M. Für die 12-Uhr-Weihe sind Karten ausverkauft.

Die britische Handelsbilanz. Das Handelsministerium schätzt die Passivität der britischen Handelsbilanz für 1930, nämlich den Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr, auf 392 Millionen Pfund Sterling. Im vorangegangenen Jahr betrug die Passivität 366 Millionen. Der Fehlbetrag wird jedoch durch die unsichtbare Ausfuhr, vornehmlich durch die Einnahmen der Schifffahrt, durch Kommissionsgehälter usw., mehr denn ausgeglichen. Für 1929 war der Wert dieser unsichtbaren Ausfuhr auf 504 Millionen Pfund Sterling geschätzt worden, so daß sich ein Ueberschuß von 138 Millionen ergab. Für das Jahr 1930 ist der Wert der unsichtbaren Ausfuhr, hauptsächlich infolge der verminderten Einnahmen der Schifffahrt, auf 431 Millionen Pfund Sterling zurückgegangen. Die Handelsbilanz 1930 schließt demnach mit einem Ueberschuß von 39 Millionen Pfund Sterling ab.

Untersuchungen über den Textilgroßhandel. Der Handelsausschuß der vom Reichswirtschaftsrat veranstalteten Wirtschaftsenquete hat jetzt seine Untersuchungen über die Lage des Textilgroßhandels abgeschlossen. Die Entwicklung des letzten Jahres hat auch innerhalb des Textilgroßhandels stärkere Umschichtungen verursacht. So haben die Kapitalverluste während der Inflation die Stellung des Großhändlers als Bankier für Einzelhandel und Handwerk ziemlich beengt. Auch die Zusammenlegung der Sortimente hat sich infolge der schnell wechselnden Modeanforderungen stark gewandelt. Gegenüber den Einkaufsgenossenschaften zeigen die Textilgroßhändler, wie sich dies aus der Befragung vor dem Ausschuß ergab, noch auf reichlich hohem Stand. Auch den direkten Verkauf des Fabrikanten an die Kundschafft sehen die Großhändler natürlich nicht gern. Interessant ist aber, daß die vielfach direkten Geschäfte zwischen den Werken und den Warenhäusern auch die Textilgroßhändler zu schärferen Kalkulationen und billigeren Preisangeboten gezwungen haben.

Böglers Präsident der österreichischen Alpen Montan. Der Verwaltungsrat der Alpen Montan-Gesellschaft hat das Vorstandsmitglied der Vereinigten Stahlwerke A. G., Dr. Albert Böglers, zum Präsidenten der Gesellschaft gewählt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Tel. 2 220000 rechts, zu richten.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

heute, Sonnabend, 28. März.

7. und 8. Kreis. Juristische Sprechstunde findet von 17 bis 18 Uhr im Jugendheim Pankowstr. 4 statt. Gelegenheit zum Krisenanstreiß!

21. Mt. Zur Kreisleiterkonferenz am 31. März müssen Mandate von Goldschmidt, Stolischek Str. 38, abgeholt werden.

Morgen, Sonntag, 29. März.

7. Kreis. Die Jugendweihe findet statt um 11 Uhr. Aula der Sophie-Charlotte-Schule, Schorrenstr. 23-27, Gastkarten zu 75 Pf., für Kinder 50 Pf., sind in allen Vorwärts-Geschäften und an der Kasse erhältlich. — Der nachmaligen Kreis des Reichstages müssen alle Mitwirkenden schon um 9 1/2 Uhr bestimmt zur Stelle sein. Die Oberen treffen sich um 10 Uhr.

14. Kreis. Die Sozialistische Arbeiterjugend veranstaltet im Stadtloaf, Dreystraße 147, einen Filmabend. Geöffnet wird der Film „Republikaner Krems“ und gutes Programm. 1. Vorstellung: Einloß 17 Uhr, Beginn 17 1/2 Uhr; 2. Vorstellung: Einloß 19 1/2 Uhr, Beginn 20 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.

2. Kreis. Montag, 30. März, Kreisleiterkonferenz mit Beisitzern und 1. Stellvertretern. Sofort wird nach bekanntgeben.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

8. Mt. Die Beerdigung unseres verstorbenen Genossen Robert Heide findet heute, Sonnabend, 14 1/2 Uhr, auf dem Friedhof Weißensee, Marienbörger Weg statt. Wir bitten um rege Teilnahme.

11. Mt. Unser Genosse Herr: Neue Beerdigung. 28. ist verstorben. Seine letzten Wünsche: Einäscherung Pankow, SW 68, 18 Uhr, im Krematorium Baumhulshaus. Wir bitten um rege Teilnahme.

Funkwinkel.

Berlin hat aus Breslau schon manches ausgezeichnete Hörspiel empfangen. Das Zeitbild „Im Osten die Schießlinie“ war zwar auch hörenswert, denn es brachte Berichte über schlesische Menschen und schlesisches Land; es erzählte von Leben und Kampf, von Not, Hunger, und es erzählte von Heimat. Bilder von packendem jachlichen Gehalt wurden durch gebundene Rede dichterischen Höhen zwar nicht nahegebracht, wohl aber ihrer ergreifenden oder heiteren Wirklichkeit etwas entfremdet. Die musikalische Befassung war für den Hörbericht zu schwer. Für die Inszenierung des Werkes dürften besonders die nichtschlesischen Hörer Dr. Franz Josef Engel dankbar gewesen sein; er hatte geschickt dafür gesorgt, daß die Sprache Schlesiens auch dem fernstehenden etwas von ihrem herben Reiz enthielt. Dr. Erich Fortner widmete eine Stunde Josef Strauß, dem Bruder des Fiedermauskomponisten. Die Gestalt des Menschen und Musikers, die noch heute im Schatten des populäreren Bruders steht, wurde von Fortners Ausführungen und den ausgewählten Kompositionen freundlich erheitert. — Gottfried Benn sprach zu Heinrich Manns 60. Geburtstag, atemlos schnell abgelesene Sätze, überlastet mit Fremdwörtern. Seine Darlegungen, offensichtlich für einen kleinen Kreis Auserwählter bestimmt, gehörten nicht vor das Mikrophon. Der Rasse der Hörer wurde Heinrich Mann durch diese Rede nicht nahegebracht, sondern höchstens entfremdet. — Im Programm der Deutschen Welle sprachen Ministerialrat Professor Boldt und Otto Heßler über das Thema „Mechanisierung als Lebensschicksal“. Der Hörer dieser Unterhaltung bekam den Eindruck, daß der theoretische Betrachter der Frage, Professor Boldt, ihrem Kern näherkam als sein aus der praktischen Arbeit hervorgegangener Gesprächspartner. Heute ist die Grundstimmung der großen Masse der Arbeiterschaft im rationalisierten Betrieb wohl kaum arbeitsfreudig. Professor Boldt hätte sicher recht, als er von der Tragik der Verschärfung des Berufslebens sprach.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Jugendvolksbühne! Für die Vorbereitung am Sonntag um 15 Uhr können wir an unsere Mitglieder eine Reihe von Orchesterinstrumenten ausgeben. Gegen Vorzahlung des Mitgliedsbeitrages und der Saisonkarte geben wir sie im Vorraum des Theaters am Bülowplatz aus. Geöffnet wird „Gesellschaft der Musikfreunde“.

Wanderleiter! Die geologische Wanderung beginnt am Sonntag um 8 Uhr am Hof Grünewald. Anreisen auf Bahnhöfen in der Gegend für die Durchführung der Wanderung von Himmelsberg müssen am Abgangsbahnhof bis spätestens 21. März getätigt werden.

heute, Sonnabend, 28. März.

Genau III: Um 20 Uhr Funktionärskonferenz bei Hans Germer, Neue Schönholzer Str. 14, Off. 1 Tr. Anmeldungen für die Dierfahrt nimmt Kurt Rodler, Schulstr. 41, um 19 1/2 Uhr heute noch an. — Heutiges Ziel: Funktionärskonferenz.

Verbelegte Bernauer Berg: 19 1/2 Uhr, Danziger Str. 62, Kriegerdenkmal: „Die Elemente der Sozialistischen Weltanschauung“.

Morgen, Sonntag, 29. März.

Verbelegte Schöneberg: Wanderleiter-Konferenz um 7 Uhr Hof. Schöneberg zur geologischen Wanderung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 17-28, Hof 2, Tr. Sonnabend, 28. März. Reichsbanner-Bezirk: Unter Kamerad Friedrich Strohm ist am 24. März verstorben. Einäscherung heute, 15 Uhr, Baumhulshaus. Schöneberg-Bezirksstelle: 20 Uhr Mittelschülerkonferenz in der Praterstraße, Weiden. Ede Sprechstunde. Verhandlungsmittler 19 Uhr. Pankow: 20 Uhr Versammlung im Vereinslokal Mühlisch, Mühlischstr. 20 bis 22 Uhr Kassenabrechnung, Strauß, Tunnestr. 3-4. — Sonntag, 29. März. Kreis Ober: Kundgebung der Schütz. Ende und des Jungmannen, 22 Kilometer. Anreisen 9 Uhr Hof. Mühlisch, hinter der Weidhulshaus von Berlin. Kassenabrechnung nach der Alten Berliner Schütz 9 Uhr Kassenhaus Weidenhof. Ab 17 Uhr Winterabend im Pankowhaus. Winterabendabteilung: Sonnabend, 28. ab 15 Uhr, und Sonntag, 29. ab 10 Uhr Arbeitabend auf unserer Tennishallenanlage am Funfturn. — Montag, 30. März. Mitte (Jugendbanner): 20 Uhr, Jugendheim Dierstr. 17, letzter Abhau der Lehrlingslehre.

Republikanische Arbeitervereine. Montag, 29. März, Fortsetzung mit Diskussion im „Alten Kottbuser“, Kottbuser, 11. Kottbuser über „Deutsche Arbeiterbewegung“. Gäste willkommen.

Arbeiter-Kassenleiter-Konferenz. Kreis Spielgruppe Berlin 1: Montag, 30. März, 20 Uhr, Sitzung bei Kottbuser, Kottbuser, 16-18. Gäste können einbezogen werden.

Allgemeine Wetterlage.



Während in Deutschland westlich der Elbe und in Süddeutschland im Bereiche eines zerfallenden Hochdruckgebietes heiteres Wetter mit Mittagstemperaturen von 8 bis 16 Grad Wärme herrschte, machte sich im Osten des Reiches die nordrussische Depression in stärkerer Bewölkung und auch in ein wenig tieferen Temperaturen bemerkbar. Niederschläge kamen jedoch nirgends vor. Ueber Südbalticowien befindet sich zur Zeit ein Tiefdruckausläufer der russischen Depression, der südwärts zu wandern und sich allmählich zu einer selbständigen Depression zu entwickeln scheint. Auf seiner Nordseite dringt ein Strom polarer Luftmassen nach. Sonnabend wird unser Bezirk in den Bereich des Ausläufers kommen, so daß etwas unbeständiges Wetter zu erwarten ist.

Wetterausichten für Berlin. Uebergang zu unbeständigem Wetter mit einzelnen Schauern; nordwestliche Binde; weiterhin kühl. — Für Deutschland. In Süddeutschland Fortdauer des heiteren Wetters mit Nachtfrösten, im Norden wechsellnd bewölkt und namentlich in den Küstengebietern Niederschläge in Schauern.

Eine sehr reizvolle Gegenüberstellung der „Kleidung vor dreißig Jahren“ mit der unserer Zeit bringt der neue Katalog „Frühjahr und Sommer 1931“ von Peek u. Cloppenburg. Es lohnt sich, ihn (kostenfrei) anzufordern, zumal der Inhalt viel Wertvolles bietet. Der Herrntelegramm, die von dieser Firma seit drei Jahrzehnten besonders gepflegt wird, ist der größte Teil des Katalogs gewidmet. Beachtung verdienen aber auch die Seiten, auf denen Damen- und Kinderkleidung angeboten wird. Vor allem sind die Preise wirklich zeitgemäß.

Man hängt häufig auf der Straße von vorübergehenden Bekannten Gesprächsstoffe auf, die in ihrer Herkommenheit unwillkürlich recht familiär, manchmal aber auch unangenehm pedantisch wirken. So hätte man gern im Vorübergehen die lebenswichtigen Sätze eines Frau, die zu ihrem Peckel'ster lautet: „Sie sehen aber praktisch in Ihrem neuen Hut aus.“ Dieser Herr hatte bereits Gefolge und er wird noch mehr Gefolge haben, denn er möchte sich einen „Hüte-der“, diese alte, seit 1822 bekannte Hutmarke, die von Millionen Männern getragen wird.

ENVER BEY VALUTA 30 die neue Ligarette dick und rund 3/4 M. PACKUNG PF.



seit 1822

Einundsechzigste
ordentliche Generalversammlung
der Aktionäre
am Dienstag, dem 28. April 1931,
vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal der Bank
in Hamburg, Neß Nr. 9.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes sowie Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung und Vorschlag zur Gewinnverteilung.
2. Bericht des Aufsichtsrates über die Prüfung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie des Vorschlages der Gewinnverteilung.
3. Beschlußfassung über die Genehmigung der Bilanz und die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
Diejenigen Aktionäre, die in der Generalversammlung ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien oder einen ordnungsmäßigen Hinterlegungschein eines deutschen Notars

spätestens am 24. April 1931 während der üblichen Geschäftsstunden bei unseren Niederlassungen in Hamburg, Berlin und Magdeburg, bei unseren sämtlichen Filialen und Zweigstellen, in Frankfurt a. M. bei unserer dortigen Niederlassung und dem Bankhause J. Dreyfus & Co., in Köln a. Rh. bei unserer dortigen Filiale und dem Bankhause J. H. Stein, in Amsterdam bei der N. V. Hooft Kaufmann & Co's Bank, außerdem für die Mitglieder des Giroeffektendepots auch bei der betreffenden Effektengirobank zu hinterlegen und bis zum Schluß der Generalversammlung daten bis zu belassen. Hinterlegungscheine gelten nur dann als ordnungsmäßig, wenn darin die hin erlegten Aktien nach Betrag und Nummern genau bezeichnet sind und wenn überdies in den Hinterlegungscheinen selbst bescheinigt ist, daß die Aktien bis zum Schluß der Generalversammlung bei der Hinterlegungsstelle in Verwahrung bleiben.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsmäßig erfolgt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für diese bei einer anderen Bankfirma bis zur Beendigung der Generalversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Gegen Hinterlegung der Aktien oder Einreichung der notariellen Hinterlegungscheine werden Eintrittskarten ausbehalten. Die zu hinterlegenden Aktien können ohne Gewinnanteilscheine und Erneuerungsscheine eingereicht werden.
Hamburg, den 27. März 1931.
Der Vorstand.

Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva		Passiva	
RM	RM	RM	RM
1. Nicht eingezahltes Aktienkapital	3 000 000,—	1. Aktienkapital	5 000 000,—
2. Kasse, fremde Geldsorten und fällige Zins- und Dividendscheine	122 206,11	2. Reserven:	
3. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	135 789,22	a) Reservefonds	410 000,—
		b) Dekretreservefonds	40 000,—
4. Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen:		3. Kreditoren:	
a) Schecks und Wechsel	10 526 349,—	a) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	—
b) unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Länder	—	b) deutsche Banken, Bankfirmen, Sparkassen und sonstige deutsche Kreditinstitute	53 960 946,08
c) eigene Akzepten	—	c) sonstige Kreditoren	13 272 790,42
d) eigene Ziehungen	—	Von der Gesamtsumme der Kreditoren sind:	
e) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—	1. innerhalb 7 Tagen fällig	RM 11 998 507,46
5. Notroguthaben bei Banken und Bankfirmen mit Fälligkeit bis zu 3 Monaten	35 510 886,80	2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	RM 34 142 883,40
6. Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere	215 001,15	3. nach mehr als 3 Monaten fällig	RM 21 192 345,44
7. Vorschüsse auf verfrachtete oder eingelagerte Waren	—	4. Akzente	—
8. Eigene Wertpapiere:		5. Langfristige Anleihen bzw. Darlehen:	
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Länder	—	a) First Mortgage Secured Gold Sinking Fund Bonds Series A 6% \$ 3 000 000,— davon getilgt	20 044 300,—
b) Sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beliehbare Wertpapiere	100 693,50	b) Mortgage Secured Gold Sinking Fund Bonds Series B 6% \$ 10 000 000,— davon getilgt	28 935 000,—
9. Konsortialbeteiligungen	945 995,36	c) Darlehen der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt	8 150 123,03
10. Dauernde Beteiligungen	13 380,—	5. I. Noch nicht eingelöste Zinsscheine und gekündigte Schuldverschreibungen	6 176 874,23
11. Debitoren in laufender Rechnung	28 753 142,21	6. Sonstige Passiva	285 727,08
		7. Reingewinn	147 608 823,37
			147 608 823,37
Außerdem: Aval- und Bürgschaftdebitoren	2 888 000,—		

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930.

Ausgaben	Einnahmen
RM	RM
1. Handlungskosten:	
a) persönliche Unkosten	361 773,59
b) sächliche Unkosten	267 753,22
c) Steuern	129 739,65
2. Reingewinn	285 727,08
	1 054 993,54
	Einnahmen
	1. Vortrag von 1929
	2. Provisionen
	3. Zinsen
	4. Diskont
	5. Sonstige
	1 054 993,54

Zentrale für Bodenkulturkredit
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Bilanz per 31. Dezember 1930

Aktiva		Passiva	
RM	RM	RM	RM
1. Notroguthaben bei Banken	1 205 319,20	1. Stammkapital	1 200 000,—
2. Langfristige Darlehen nach Maßgabe des Pfandbriefgesetzes vom 21. 12. 27:		2. Langfristige Anleihen:	
a) Darlehen an Meliorationsunternehmen	4 985 000,—	8% Goldschuldverschreibungen Reihe I	5 000 000,—
b) Bardeckungen	5 000,—	3. Diverse Passiva:	
3. Zusatzkredite	182 376,53	a) Zinsscheineinlösungsfonds	200 000,—
		b) Tilgungsfonds	12 500,—
		c) Zinsverbilligungsfonds des Reichs	7 913,10
		d) schwebende Abrechnungen	29 958,69
	6 450 897,26	4. Reingewinn	38 525,96
			6 450 897,26

Gewinn- und Verlust-Rechnung per 31. Dezember 1930.

Ausgaben	Einnahmen		
RM	RM		
1. Handlungskosten	2 894,20	1. Zinsen	231 910,90
2. Zinsen für Schuldverschreibungen	200 000,—	2. Sonstige	9 509,26
3. Reingewinn	38 525,96		
	241 420,16		241 420,16

Bilanz der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt (Landwirtschaftliche Zentralbank) Berlin am 31. Dez. 1930

Aktiva		Passiva	
RM	RM	RM	RM
1. Kasse, Reichsbankgros-, Postcheck- und Bankguthaben	93 664 825,15	1. Kapital	420 000 000,—
2. Wechsel und Schatzanweisungen	6 772 597,54	2. Hartrücklage	26 464 437,55
3. Wertpapiere	41 989 325,19	3. Sonderrücklagen für ausstehende Schuldverschreibungen	37 873 670,—
4. Devisen	645 227,31	Hiervon getrennte Sonderrücklagen:	
5. Beteiligungen:		a) für die 1. Amerika-Anleihe	RM 5 035 380,—
a) an der Finanzierungsgesellschaft für Landkraftmaschinen, Aktiengesellschaft	RM 1 000 000,—	b) für die 2. Amerika-Anleihe	RM 6 168 120,—
b) gemäß § 3 Ziffer 3a des RKA-Gesetzes	RM 8 464 651,68	c) für die 3. Amerika-Anleihe	RM 10 279 920,—
6. Personalkredite		d) für die 4. Amerika-Anleihe	RM 5 242 230,—
a) bis zu 9 Monaten befristete Darlehen	RM 188 455 489,73	e) für die Meliorations-Auslandsanleihe	RM 963 900,—
b) Abzahlungskredite	RM 80 531 199,50	4. Beteiligungsrücklage	1 000 000,—
c) sonstige länger befristete Darlehen (Molkereikredite)	RM 22 298 605,83	a. 1. Amerika-Anleihe	
7. Abwicklungskredite	291 307 298,10	7% Schuldverschreibungen	USA, Dollar 25 000 000,—
8. Umschuldungskredite	8 401 087,44	hiervon getilgt	Dollar 2 236 000,—
9. Meliorationskredite	5 117 711,64	6. Golddiskontbankanleihe	
a) Dauerkredite aus Anleihenmitteln	RM 17 075 908,60	7% Hypothekar-Schuldscheine	Dollar 22 764 000,—
b) Dauerkredite aus eigenen Mitteln	RM 19 391 250,50	7. 2. Amerika-Anleihe	
c) Zwischenkredite	RM 23 272 118,36	6% Schuldverschreibungen	USA, Dollar 30 000 000,—
10. Siedlungskredite	29 929 277,66	hiervon getilgt	Dollar 1 150 000,—
a) Zwischenkredite	RM 19 066 438,98	8. 3. Amerika-Anleihe	
b) Dauerkredite	RM 49 682 744,39	6% Schuldverschreibungen	USA, Dollar 50 000 000,—
11. Hypothekendarlehen	242 740 183,37	hiervon getilgt	Dollar 2 670 000,—
aus Mitteln der 1. Amerika-Anleihe	95 609 574,08	9. 4. Amerika-Anleihe	
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen	2 316 411,21	6% Schuldverschreibungen	USA, Dollar 2 000 000,—
aus Mitteln der Golddiskontbankanleihe	97 978 901,—	hiervon getilgt	Dollar 1 037 000,—
aus Mitteln der 2. Amerika-Anleihe	121 172 648,94	10. Meliorationsanleihe	
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen	486 636,84	6% 1/2 Schuldverschreibungen	schw. Fr. 25 000 000,—
aus Mitteln der 3. Amerika-Anleihe	198 998 857,62	hiervon getilgt	schw. Fr. 1 700 000,—
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen	3 552 358,22	11. Guthaben des Reichs	
aus Mitteln der 4. Amerika-Anleihe	104 851 817,77	12. Darlehen für Siedlungsdauerkredite	
aus eigenen Mitteln zu denselben Bedingungen	978 075,86	13. Deutsche Rentenbank	
12. Hypothekar-Siedlungskredite	29 987 327,36	14. Noch einzulösende Zinsscheine	
13. Bei der Golddiskontbank hinterlegt zur Deckung von Hypothekar-Schuldscheinen	1 391 099,—	15. Anteilige Zinsen I Schulverschreibungen u Hypothekar-Schuldscheine	
14. Anteilige Zinsen aus Hypothekendarlehen	9 007 829,41	16. Rückstellungen	
15. Bankgebäude	1 600 000,—	17. Pensionsfonds	
16. Mobilien und Bürotensilien	1,—	18. Sonstige Passiva	
17. Sonstige Aktiva	2 964 748,24	19. Reingewinn	
	1 431 932 867,83		1 431 932 867,83

Gewinn- und Verlustrechnung

Soll	Haben		
RM	RM		
Handlungskosten	1 951 003,38	Zinsen aus Krediten und kurzfristigem Anlagen	14 625 363,11
Sonstige Aufwendungen einschl. Umbaukosten	796 340,—	Zinsen aus Wertpapieren und Devisen	3 636 699,83
Stempel, Emissionskosten und andere Ausgaben für Anleihen	385 679,76	Zinsen aus Hypothekendarlehen	44 230 280,49
Zinsen für Anleihen	43 601 875,43	Abschlußvergütungen, Verwaltungskostenbeiträge usw.	951 394,—
Abschreibung auf Wertpapiere	1 010 600,—		
Reingewinn	14 927 812,25		
	62 852 707,92		62 852 707,92



Wilke

Hüte
mein Herr!
Zu haben in allen leistungsfähigen Hut-Spezialgeschäften

PERTRIX

Pertrix-Batterien sind durch längste Lebensdauer im Gebrauch am billigsten!

Achenbach-Garagen
ab Lager
Wellblech-, Stahl- u. Betonbauten
jeder Art. Angeb. u. Prosp. kostenfrei
Gebr. Achenbach G.m.b.H., Weld & nau, Siegl
Eisen- und Wellblechwerke - Postfach 38

Unser Programm
in Wort und Bild
Eine Folge von 140 Bildern
Begleittext:
Das Heidelberger Programm der SPD
84 Seiten, moderne farb. Photomontage
Mit einem Vorwort von Hermann Müller
Reichskanzler a. D.
Was will die SPD?
Zu haben
Für ganze 90 Pfennig
in der Buchhandl. J. H. W. Dietz
Lindsonstraße 2

Über 30 000 Kunden beliefert!
Rubin
Niedrige Preise
24 Monatsraten
auch ohne Anzahlung
Geschäftshäuser:
C. Neue Schönhauser
Str. Nr. 4/5 u. Nr. 19
Möbel
seit 27 Jahren
in bekannt
gediegenster Ausführung
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen u. Einzel-
Auswärtigen Käufern
Fahrt-Vergütung!

Zu kurzes Glück.

Aus der Neubauwohnung in die Arbeitslosigkeit.

Jeden Sonntag, vom frühen Morgen bis zum späten Abend, wallfahren Tausende von Wohnungsuchenden an alle Ecken der Stadt. Nach Heinersdorf, Ruhleben, Jehlandorf und Tempelhof gleichermaßen. Männer und Frauen, junge wie alte, klettern Sonntag für Sonntag unerbrossen über Berge von Balken und Sand, taufen sich in den Treppenhäusern von ungeputzten Rohbauten mühselig umher, noch ist keine Tür da, die sich aufmachen und kein Geländer, das sich anfassen ließe. Und wo die Neubauten schon fertig sind und der erste blonde Frauentopf zum Fenster hinausschaut, wird dieser Kopf von den unten vorbeifließenden besaunt als etwas, das beinahe alles Glück auf Erden erreicht hat.

„Fünfgigmal bin ich heute kreuz und quer durch die ganze Baustelle gefleht, mir ist ganz schwindlig und Fußlein habe ich wohl auch am Mund“, seufzt der Angestellte des Vermietungsbüros, der Kolonne um Kolonne durch den Neubau führt und geduldig alle Wertstunden von vorn erklärt: Hier sehen Sie ein Muster unserer geräumigen Zweizimmerwohnungen mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung. Beachten Sie die einbruchsfestesten Korridorüren, die modernen Gasbäder in der Küche, die Handwaschbecken in den Bädern, die gute Sonnenslage der Zimmer, ihren regelmäßigen Schnitt, die herrliche Aussicht auf die Grünanlagen.

Es ist wahrhaftig alles gut und schön, ebenso wie die achtzig Mark, allmonatlich auf den Tisch gelegt, ein Bogen Geld sind, aber wenn es noch diese achtzig Mark wären, denn das diese Ende kommt hinterher: „Zu der Miete kommt noch ein kleiner Zuschlag für Zentralheizung und Warmwasser in Höhe von fünfzehn Mark“, sagt der Erklärer. Dann verfliegt das Lächeln auf den strahlenden Mienen der Wohnungsuchenden und enttäuscht machen die Kolonnen wieder kehrt. Doch viele Wenig machen ein Biel. Wenn von jeder zweiten Kolonne nur ein Bogeisterter hängen bleibt, dann ist dies schon fünfundzwanzig entschlossene Mieter, und so kommt es, daß innerhalb kurzer acht Tage ein Neubaublock mit seinen zweihundert Wohnungen anstandslos vermietet wird. Der Andrang zu den Neubauten scheint der Krise direkt ins Gesicht zu spotten.

Aber die ehernen Gesetze der Krise kennen keinen Spaß. Wer jetzt durch Wittenau oder Johannisthal oder Friedrichsfelde geht, der sieht die Möbelwagen aneinander vorbeifahren. Die einen ziehen voller Hoffnung ein und die anderen voller Betrübnis aus. Auch Neubaugewinnungen sichern keine Immunität gegen das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Für die Scheidenden bleibt nur die Erinnerung an ein paar kurze Tage des Glücks. Es wird uns immer wieder gesagt, daß wir nur arme Proletarier sind.

von „Mausl“ selbst. Als der Architekt in der Hoffnung auf zukünftigen Vermögensgenuß seine Liebe bereits etwa 4000 M. hatte kosten lassen, wurde er plötzlich hehlhörig. Er forschte nach einer Cousine in Magdeburg, die nie gelebt hatte, stellte Ermittlungen in Braunschweig an und ließ Frau X. verhaften. Das Gericht verurteilte die Heiratsschwindlerin zu sechs Monaten Gefängnis.

Eigentümlicherweise fand die Verhandlung, obgleich Frau X. bereits seit einem Monat in Untersuchungshaft sitzt, vor dem Schnellgericht statt. Sie hatte auf die Einhaltung der gesetzlichen Frist verzichtet. Man fragte sich aber, ob die Aburteilung solcher Fälle Aufgabe des Schnellgerichts ist und ob es nicht doch richtiger gewesen wäre, einige weitere Feststellungen über Frau X. zu machen. Vielleicht hätte man auch einen psychiatrischen Sachverständigen hören sollen.

Mörder nicht verantwortlich.

Im August 1930 hatte der Waldenwarter Brüggemann, wie erinnerlich sein dürfte, auf einem Laubengelände in Rowawes aus Eiferucht zwei Frauen erschossen. Brüggemann wurde dann in die Landesirrenanstalt Görden bei Brandenburg übergeführt und hier auf seinen Geisteszustand untersucht. Das Ergebnis der Untersuchung liegt jetzt vor. Danach ist Brüggemann für seine Tat nicht verantwortlich zu machen. Es soll jedoch noch ein Obergutachten von dem gerichtlichen Verzeugschuss für die Provinz Brandenburg in Berlin eingeholt werden.

2. bis 5. April: Die stille Woche.

Am Donnerstag, 2. April, und Sonnabend, 4. April 1931, dürfen in Theatern, Zirkussen, Lichtspieltheatern, Varietés, Kabarets und sonstigen Vergnügungstotalen, sowie auf Vergnügungspätzen nur ernste Darbietungen stattfinden. Vom Donnerstag, 2. April, 20 Uhr, bis Sonntag, 5. April einschließlich, sind öffentliche Tanzlustbarkeiten, am Karfreitag auch alle nichtöffentlichen Tanzlustbarkeiten in öffentlichen Vergnügungstotalen und öffentlichen Versammlungsräumen verboten. Am Karfreitag, 3. April, sind Theater, Zirkusse, Lichtspieltheater, Varietés, Kabarets, Konzert- und sonstige Vergnügungstotalen und -plätze grundsätzlich geschlossen zu halten. Nur folgende Ausnahmen sind zulässig: a) die Ausführung von Bühnenwerken religiösen oder legendären Inhalts, b) die Vorführung von Filmen religiösen oder legendären Inhalts, c) die Veranstaltung von Konzerten mit geistlicher Musik.

In Lokalen mit Schankbetrieb jeder Art sind jedoch alle musikalischen Darbietungen verboten.

Ordnung der proletarischen Feiertage treffen sich zur Jugendweiche Sonntag, 8. Uhr, vor der Volksbühne.

Zirkus Carl Hagenbeck bleibt nur noch wenige Tage in Berlin und spielt täglich zweimal, 3 1/2 Uhr nachmittags und 8 1/2 Uhr abends. Wesentlich ist, daß nachmittags nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene auf allen Plätzen halbe Preise zahlen. (50 Pf. bis 4 M.) Die riesige Tierchau, die die seltensten Tiere des Erdballs zeigt, ist täglich von 10 bis 18 Uhr durchgehend geöffnet. Erwachsene 50 Pf., Kinder 30 Pf. Eintritt. Der Zirkus ist sehr gut zu erreichen. Er liegt direkt an der U-Bahnstation Gneisenaustraße. Außerdem halten die Straßenbahnlinien 3 und 141 ebenfalls dicht vor dem Zelt. Der Zirkus ist stets angenehm beheizt.

Spart für die Sommerreise! Die gegenwärtige Wirtschaftslage zwingt viele Menschen, entweder auf ihre Urlaubsreise ganz zu verzichten oder die Ausgaben dafür auf das äußerste einzuschränken. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit bietet die Möglichkeit, das Geld für die Urlaubsreise, die gerade für den Werktätigen besonders notwendig ist, durch geringe Monatsraten zusammenzubringen. Eine Anzahl schöner Reisen führen nach Tirol, in das herrliche Unterinntal und nach Innsbruck. Diese Reisen kosten bei 14tägiger Dauer (je nachdem, wann man anfängt zu sparen) 100 bis 112 Mark.

Die Heiratsschwindlerin

— und der Mann, der eine gute Partie machen wollte.

Heiratsschwindler erlebt man in Moskau oft genug. Eine Frau als Heiratsschwindlerin gehört dagegen zu den Seltenheiten. Vor kurzem lernte man aber in der Person der Frau X., einer üppigen Blondine, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte auch diese Art von Betrügerin kennen. Heiratsschwindlerin? Wenn ein Mann eine Frau um ihres Vermögens willen „lieb“ gewinnt, zu ihr in Beziehungen tritt, Vaterfreuden entgegensteht und die Frau, um sich die Liebe des Mannes zu erhalten und ihm Geld aus der Tasche zu ziehen — geschieht ja auch sonst —, ein Liegegebäude, das sie, einmal aufgerichtet, immer weiter funktionslos ausbaut, ist sie dann eine Heiratsschwindlerin? Allerdings lag der Fall der Frau X. komplizierter. Ueber ihre Vergangenheit erfuhr man soviel wie gar nichts, wohl aber, daß sie von ihrem Vorne, einem Oberingenieur, geschieden wurde, unter anderem, weil sie zwei Jahre lang sein Gut haben plünderte, „aus Liebe zum Mann und um seine Wünsche zu erfüllen“, daß sie auch ihrem Rechtsanwalt vorpiegelte, sie habe große Summen zu erwarten und daß sie das Liegenes monatlang gelponnen hatte. Das Gutachten der Heil- und Pflegeanstalt, in der sie damals, 1922, auf ihren Geisteszustand untersucht worden war, sprach von

pathologischer Eügenhaftigkeit,

von einer Unfähigkeit, Wirklichkeit und Phantasie voneinander zu trennen. Sie glaube an die Romane, die sie anderen erzählt. So war es auch diesmal.

Frau X. lernte eines schönen Tages den Architekten Z. kennen. Sie führte sich unter dem Namen ihres früheren Mannes ein, obgleich ihr das gerichtlich verboten worden war, erzählte, daß er tot sei und daß sie aus der Verwertung seiner Patente 400.000 M. zu erwarten habe. Sie brauche aber Geld, um die An-

waltskosten zu bezahlen. Sie erhielt es. Dann traf die Traueranzeige vom Tode ihres Vaters ein. Auf der Rückseite standen einige Zeilen von der Mutter an den Zukünftigen der Tochter: „Sei gut zu Mausl“ usw. Herr Z. bezahlte 300 M. für die Trauerleistung. Jetzt war Frau X. auch Erbin des väterlichen Gutes. Als Herr Z. sich das Gut ansehen wollte, bekam Frau X. Krampfanfälle; es sei unmöglich, das Gut zu besuchen; es traf auch ein Brief vom Pächter des Gutes ein: man trachte Frau X. nach dem Leben. Und jeden Tag kamen neue Briefe von „Mutti“, von „Onkel Franz“, und von „Onkel Gustav“, von der „Schwägerin Frieda“ und von der „Tante Trude“, ein Brief jätlicher als der andere. Die zukünftige „Verwandtschaft“ betrachtete Z. bereits als den übrigen, weichte ihn in alle Familienjochen ein, dankte ihm, daß er zu „Mausl“, das heißt zu Frau X., so gut ist. Bald hatte der Onkel Gustav die ihm anvertrauten Gelder untergeschlagen, bald hatte sich Onkel Franz im Gefängnis erhängt, und

immer wieder brauchte Mausl Geld.

Die Mutter lag angeblich sterbenskrank im Sanatorium, die Kerkrechnung mußte bezahlt und Reisen unternommen werden, bald nach Hamburg, bald nach Magdeburg oder Braunschweig usw. Jedenfalls, wenn Frau X. Geld brauchte, trafen Briefe und in Mengen Telegramme ein, die irgend ein Unglück oder dergleichen mehr vortäuschten. So hieß es zum Beispiel einmal: Onkel Gustav ist zusammengesunken, grünes Kleid anziehen, damit sie abgekehrt wird. Mutter kommt sicher durch. Auch konnte Frau X. äußerst freigiebig sein. Sie telegraphierte ihm eines Tages: Einen dunkelblauen Mercedes, ein Biersther, habe ich für dich gekauft. Ein anderes Mal: 6000 M. sind an die Commerz- und Privatbank überwiesen. Natürlich war alles Humbug und stammten alle Briefe und Telegramme

Durch Qualität zur Umsatzsteigerung, durch Umsatzsteigerung zur Preissenkung!

Billig Kaufen und billig Fahren ist zweierlei

Die Frage des wahren Gebrauchswertes, die Frage der „Wirtschaftlichkeit auf die Dauer“ steht beim Kauf eines Automobils heute mehr denn je im Vordergrund.

Wer es sich irgend leisten kann, wählt daher gleich ein richtiges Automobil — von 2 Liter Hubvolumen aufwärts — und auch da wieder eine Marke, deren Ruf sichere Garantien bietet. Denn, daß es Unterschiede gibt zwischen „PS“ und „PS“, das hat sich allmählich herumgesprochen. Billig kaufen und billig fahren ist zweierlei . . .

Der unentwegte Verkaufserfolg unserer Typen Adler Favorit (2 Liter), Adler Standard 6 (3 Liter) und Adler Standard 8 (4 Liter) erfüllt uns unter den gegebenen Verhältnissen mit doppelter Freude; ist er doch ein schlüssiger Beweis dafür, daß wir unserem Ziel: Deutschlands leistungsfähigste, zuverlässigste und wirtschaftlichste Gebrauchs-Fahrzeuge zu bauen, so nahe gekommen sind, wie dies nach dem gegenwärtigen Stande der Autotechnik überhaupt möglich ist.



ADLER

ADLERWERKE VORM. HEINR. KLEYER A.G. FRANKFURT/M.

NEUE PREISE AB WERK:

ADLER FAVORIT Spezial-Limousine	RM 4450.—	4800.—
ADLER STANDARD 6 A 4-5 Sitzer, Innensteuer-Limousine . . .	RM 6250.—	6800.—
ADLER STANDARD 6 S 6-7 Sitzer, Pullman-Limousine	RM 7950.—	8500.—
ADLER STANDARD 8 Typ Hamburg Pullman mit Aphon-Spergetriebe . . .	RM 12250.—	13500.—

NEUE SCHÖPFUNGEN:

ADLER FAVORIT Luxus-Limousine	RM 4800.—
ADLER STANDARD 8 Typ Frankfurt 6-7 Sitzer Pullman	RM 9750.—
ADLER STANDARD 8 Luxus Sport-Reise-Cabriolet	RM 10150.—

FILIALE BERLIN, BELLE-ALLIANCE-STRASSE 6, UNTER DEN LINDEN 12-13, UND ADLER-SALON AM ZOO, HARDENBERGSTRASSE 29a-e

Weitere eigene Werksfilialen: Breslau / Dosseldorf / Hamburg / Hannover / Karlsruhe i.B. / Königsberg i.Pr. / Leipzig / München / Nürnberg / Stuttgart

Gustav Junghans:

Herrn Hornemanns Chance

Anton Hornemann pflegte schon seit längerer Zeit in ein und demselben kleinen Zigarriengeschäft seinen Raucherbedarf zu decken. Und zwar erschien er an jedem Sonnabendnachmittag und verlangte fünfzig Zigaretten zu fünf Pfennig und für fünfzig Pfennig Abfalltabak.

Die fünfzig Zigaretten rauchte er am Sonntag. Er rauchte sie zu einer Tasse Kaffee mit soviel umständlicher Vorbereitung, ausgeflügelter Verschwendungerpose und feierlicher Grandezza, daß er selbst der besten Ueberzeugung wurde, er habe ein Arcout zwischen den Lippen, das eines Sonderblut würdig sei. Für die übrige Woche mußte der Abfalltabak reichen, denn Anton Hornemann war in einer kleinen Bibliothek ein kleiner Bibliothekar mit noch viel kleinerem Gehalt. Die Vergnügungen, mit denen er seine freie Zeit ausfüllte, hielten sich im Rahmen seines Tabaklagers und bestanden vornehmlich aus Phantasie und Geldmangel.

An diese sonnabendlichen Tabakseinkäufe schloß sich regelmäßig ein längeres, nicht aufregendes Gespräch mit Herrn Siedebold, dem Inhaber des Zigarrenladens, der Anton schon seit vielen Jahren kannte und eine große Sympathie für ihn hatte — nicht so sehr als prominenten Kunden, was selbstverständlich erscheint — wie als netten, bescheidenen und harmlosen Menschen.

Als Anton eines Sonnabends wieder wie gewöhnlich den kleinen Laden betrat, bemerkte er zu seinem großen Erstaunen hinter dem Ladentisch nicht das gewohnte, ein wenig unraffierte Gesicht Herrn Siedebolds, sondern das einer hübschen jungen Dame. Anton war enttäuscht, verwirrt und erfreut zugleich.

Enttäuscht — denn er war auf ein würdiges Männergespräch mit Herrn Siedebold vorbereitet; verwirrt — denn sein Umgang mit Frauen hatte sich vorzugsweise auf seine schwerhörige Tante Emma beschränkt, — und erfreut, nun ich bitte Sie, warum ist ein junger Mann erfreut, wenn er ein hübsches junges Mädchen sieht? „Ist Herr Siedebold nicht da?“ fragte er zunächst.

„Nein, mein Onkel ist im Augenblick nicht da“ sagte die junge Dame, „was wünschen Sie, bitte?“

Ich kann unmöglich, schon es Anton durch den Kopf, zu diesem wunderhübschen Geschöpf sagen, daß ich für fünfzig Pfennig Abfalltabak haben will. Das würde einen schauderhaft lässigen Eindruck machen. Er griff verhalten nach seinem Schlips, mit dem er stets einen enternenden Kleinkrieg führte und der sich auch in der Tat wieder an irgendeiner finstlichen Stelle verborgen hielt.

„Geben Sie mir, bitte, zehn Sechszehn-Pfennig-Zigaretten!“ sagte er dann leichthin, konnte aber nicht verhindern, daß ihn hierbei ein leichtes hochstaplerisches Gefühl überkam.

„Welche Marke?“ fragte sie.

„Da . . . hm . . .“, Anton erkam mutig einen kleinen Gipfel der Sicherheit, „ich nehme immer die ‚Semiramis‘.“ Er erhielt

seine „Semiramis“, legte sein Geld auf den Tisch, grüßte und war wieder draußen, ehe er auch nur den Versuch einer Unterhaltung gemacht hatte. Er ging durch die Straßen, dachte an die junge Dame und verträumte binnen einer halben Stunde fünfzig „Semiramis“, ohne nachher eine Ahnung davon zu haben.

Am Montag kaufte sich Anton einen hervorragend schönen Schlips, band ihn um, suchte den Zigarrenladen auf und erwarb zehn „Semiramis“, wobei er mit Herrn Siedebolds Nichts zehn Worte wechselte. Er erkundete hierbei, daß Herr Siedebold auf einige Zeit verreist war. Die Zigaretten und das Erlebnis hielten bei sparsamster Haushaltung zwei Tage vor, dann mußten beide dringend erneuert werden — Neuer Schlips! Sechszehn-Pfennig-Zigaretten! — man sieht, daß Anton's Ausgaben die bedrohlichen Formen eines verschwenderischen Lebenswandels annahmen. Aber er schlug alle Gewissensregungen mit dem Argument nieder, daß er sich diese kleine Chance oder das, was einmal eine kleine Chance werden konnte, nicht durch einen schlechten Eindruck und falsche Sparjamkeit vermauern wollte.

Endlich — am folgenden Sonnabend — brachte er es fertig, in ein Gespräch mit ihr zu kommen.

Was sie so den Tag über treibe, fragte er sie, nachdem er seine zehn „Semiramis“ verlangt hatte.

Handarbeiten machen in Gesellschaft der Großmutter und des Schäferhundes Kero, sagte sie. Es sei schrecklich langweilig, aber ihr Onkel habe ihr streng verboten, auszugehen, sie sei aus einer Kleinstadt, und er sei furchtbar besorgt um sie.

„Oh“ fragte Anton teilnehmend, „hat denn Ihr Onkel gar keine Bekannten?“

„Ach, einen befreundeten Herrn nannte er mir, auf den er sehr große Stücke zu halten scheint. Wenn der käme, sagte Onkel, sollte er mit der Großmutter sprechen, und dann könnte ich mit ihm spazieren gehen, sooft ich wolle.“

„So?“ machte Anton. Eine herzliche Eifersucht hatte ihn gepackt.

„Leider“, fuhr die Kleine fort, „ist dieser Herr nicht gekommen. Schade, es soll ein famoser Kerl sein, wissen Sie. Aber Onkel meinte, an diesen Herrn zu schreiben sei nicht notwendig, denn der Herr käme jeden Sonnabend, den Gatt werden laße, und hole sich fünfzig Zigaretten und für fünfzig Pfennig Abfalltabak und er heißt, glaube ich . . . — was ist Ihnen?“ unterbrach sie sie.

„Oh — nichts!“ sagte Anton und bemühte sich, gleichgültig auszuwachen, während er eine temperamentvolle Rede an sich selbst hielt. Dann stürzte er mit einem dumpfgemurmerten Gruß hinaus.

Herrn Siedebold, der in diesem Augenblick eintrat, gerade in die Arme . . .

Mario Mohr:

Insektenleben der Eiszeit

Manchmal wundern wir uns, daß wir so viel aus den ältesten Zeiten der Erde wissen, daß die Steine, wenn nicht uns allen, so doch den Gelehrten ein bereicheres Zeugnis aus den grauen Vorzeiten der Erde ablegen. So ein Fund, der uns nichts oder nicht viel sagt, ist für den Wissenschaftler, der nach ihm gräbt und an ihm forscht, eine Quelle vielseitiger Erkenntnisse, aus denen er die Geschichte der Welt in der Vorzeit erkennt, die Tiere und Pflanzen beschreibt, die damals lebten, und von den Ursprüngen des Menschengeschlechtes die Schleiher zieht. Was damals auf der Erde lebte, wurde wieder zu Erde; die Erde versteinerte, und in diese Steine hinein ist das Geheimnis ihres einstigen Lebens gewebt. An allen Ecken und Enden der Erde hat man solche Funde, viele noch langen Suchen, die meisten zufällig gemacht und sich so allmählich ein Bild von der Entwicklung der Flora, der Fauna und des Menschen machen können. Man hat das Wachsen seiner Gestalt und seines Geistes, seine Werkzeuge, seine Waffen, seine primitivste Kunstentwicklung ertrotzt; man weiß in großen Umrissen, welche Pflanzen und welche Tiere in den verschiedenen Zeiten lebten, und welche neuen sich aus den alten entwickelten. Bäume sind versteinert; Pflanzen und Fische haben sich zwischen Steinen abgepreßt; aus Knochen, Zähnen, Schädeln hat man die Tiere rekonstruiert, die damals lebten.

Aber ist das nicht nur ein ganz kleiner Ausschnitt, vom Zufall bewahrt, von noch größerem Zufall wieder entdeckt? Wie war es mit den kleinen und kleinsten Tieren? Mit Käfern, Insekten, Würmern, mit all' dem winzigen Gelebe, das doch sicherlich auch damals schon kreuzte und leuchtete? Darüber wußte und weiß man bis heute so gut wie nichts. Ein Fund, merkwürdig, zufällig und von unschätzbarem Wert wird aber bald in dieses Dunkel Licht bringen.

In Rheinheffen, dem engeren Bezirk des geologisch so interessanten und an Funden reichen Mainzer Beckens, hat man etwas aus der Tiefe geholt, was bislang auf der ganzen übrigen Welt noch nicht entdeckt worden ist: große Tonplatten mit einer Unsumme deutlich erkennbarer und teilweise erhaltener Bausspuren von vielerlei Insekten und Würmern und Kleintieren der Eiszeit. Genauer zeitlich bestimmt, da es ja verschiedene Eiszeiten gab: des ersten Eisvorstoßes der sogenannten Würm-Eiszeitgruppe, während deren das Mainzer Becken eine große Kältezone war. Diese Funde, über die in einiger Zeit vom erstenmal wissenschaftlich berichtet werden soll, haben eine interessante Geschichte. Schon seit Jahren besuchte man in Wallertheim eine reiche prähistorische Fundstelle aus. In Wallertheim, einem kleinen Ort am Wiesbach in Rheinheffen — in der Nähe liegt am gleichen Wiesbach ein anderer Ort, der durch seinen Wein bekannt geworden ist: Gau-Bischofsheim —, hat man in einer Fingertiefe direkt am Bahnhaf die ersten Funde gemacht. Die Fingertiefen zeigten sich den Interessierten und Wünschenden der Forscher zugänglich, und so wird dort nicht nur nach Ton für Ziegel, sondern auch nach den Zeugnissen der Vorzeit gegraben. Der Leiter des Mainzer naturhistorischen Museums, Prof. D. Schmidtgen, der eines der reichsten Heimatmuseen verwaltet, weil dieses die besten und wertvollsten Bestände und viele Unika, die es auf der ganzen Welt kaum noch in dieser Erhaltung gibt, direkt vor seiner Tür findet, überwacht diese Ausgrabungen, die einen alten Eiszeitalter bloßgelegt haben, an den die Tiere zur Tränke gingen. Zuerst fand man Überreste der verschiedensten Tiere, fand Knochen, Schädel und Zähne von Bisons, Pferden, Hirschen, Rentieren, Nashörnern, Schweinen, Großottern, Bären, Eisfüchsen, Mammuts, Wühlmäusen und Siepenmurmeltieren. Dann fand man die ersten Knochenstücke, die menschliche Bearbeitung aufwiesen, schließlich auch noch Steinwerkzeuge. Alles deutet darauf hin, daß an diesem Sumpf eine Jagdstätte gewesen ist. Während des Bild zur Tränke kam, hielt sich der primitive Mensch in der Steppe verborgen und suchte zu

weist jüngere Tiere zu erlegen. Wahrscheinlich benutzte er Holzspeere und Ballgruben zur Jagd.

Allmählich häuften man diesen versteinerten Lämpel mit seinen zahlreichen und wertvollen Dokumenten der Vorzeit immer mehr ab und gelangte auf die Sohle. Es ist ein seltener Zufall, daß eine Fundstelle so gut erhalten ist. Die einzelnen Bodenschichten des Sumpfes waren, durch keine Naturgewalt verschoben oder zerstört, in ihrem Urzustand im Laufe der Jahrtausende immer härter und schließlich zu Stein geworden, so daß man jetzt die einzelnen Ablagerungen in Form großer Platten abheben konnte. Und auf diesen Platten fand man, auf der einen vertieft, auf der anderen erhaben, genau ineinander passend wie Gießform und Gußplatte, diese Bausspuren kleiner Eiszeitalter und — würmer, über deren Existenz man bislang nichts wußte. Immer noch gräbt man zurzeit

Heino Landrock:

In der Sprechstunde eines Tierarztes

Ein Mann betritt das Sprechzimmer eines Spezialarztes für Hunde und Katzen. Er führt einen kleinen, furchtsam deinschauenden Pinscher an der Leine.

„Ich möchte den Hund töten lassen“ sagt er und sieht dabei auf den Hund hinab.

„Warum?“

„Ich bin arbeitslos.“

Als er geht, fließen ihm Tränen über die Backen.

Eine alte Frau kommt mit einem Kater, der ein Jahrzehnt mit ihr gelebt hat. Sie geht ins Stilt, weil sie ihre Wohnung nicht mehr halten kann. Man muß sie den Kater hergeben, weil im Stilt vierbeinige Hausgenossen nicht gebudelt werden.

„Soll ich ihn töten lassen?“ fragt sie, ständig den Kopf schüttelnd.

Was soll der Tierarzt sagen? Schließlich meint er, sie solle ihn einzwängen im Katzenkorb abgeben, vielleicht finde sich ein anderer Herr.

„Nein, nein, nein, kein anderer.“ Das Tier von sich streckend, das Gesicht abgewendet, übergibt sie den Kater dem Arzt.

Viele Gründe gibt es, die die Menschen zwingen, sich von ihren Begleitern zu trennen. Hunde werden am häufigsten in den Tagen gebracht, in denen die Steuer fällig ist. Wie soll man die Steuer bezahlen können, wenn man selbst kaum satt zu essen hat!

In der Sprechstunde eines Tierarztes herrscht ein Ton, wie man ihn in den Räumen des Menschenarztes nicht kennt. Da unterhalten sich Besucher miteinander, zwischen denen sonst soziale Schranken ein Gespräch nicht aufkommen lassen. Man tauscht Erfahrungen in der Tierhaltung aus, man erzählt sich Streiche, die Hund und Kage ausgefallen haben, man verurteilt die herzlosen Menschen, die für ein Tier nichts übrig haben. Der Gesprächsstoff geht niemals aus.

Auch unter den Patienten werden Bekanntschaften geschlossen. Ein Dackel nimmt mit lachtem Gemüde und kritisch zurückgefallenem Kopf die Huldigung eines Schäferhundes entgegen. Ein Schoßhund trampelt so lange auf dem Arm seiner Herrin, bis er sich an der Begrüßung seiner Artgenossen beteiligen kann. Nur zwischen Hund und Kage besteht ewige Feindschaft. Anrrend und doch furchtsam anstehen die Hunde einen Kasten, in dem eine Kage untergebracht ist.

Die Tür zum Sprechzimmer öffnet sich, ein Terrier kommt stürmisch herausgelaufen, der Arzt tritt in die Tür:

„Bitte, der Nächste.“

weitere Platten mit oft bis zu zwanzig, dreißig verschiedenen Lauf- und Kriechspuren in Wallertheim aus und schafft sie ins Mainzer Naturkundemuseum, wo sie in oft langer und mühevoller Arbeit bestimmt und gedeutet werden. Diese Wissenschaftler sind wie die Kriminalbeamten. Finden die aus den Fußspuren einen Verbrecher, so finden die Paläontologen aus den Bausspuren die Tiere der Vorzeit. Dieser Stiefhief verrät sie. Man hat das in Mainz hauptsächlich auf eine geradezu raffinierte einfache Weise gemacht. Indem man über frischen, feuchten Lehm die verschiedensten Insekten und Würmer unserer Zeit kriechen ließ. Man überließ die neuen Bausspuren mit den alten und erhielt auf diese Weise Anhaltspunkte über die Insektenwelt dieser Eiszeitperiode.

Direktor Schmidtgen erklärte mir auf meine Frage, der Wert dieser Platten sei unschätzbare, weil man sie auf der ganzen Welt nicht findet und sicherlich auch kaum in dieser Erhaltung und Anzahl jemals finden wird. Es sind ihm die kostbaren Stücke seines Museums, und für andere hat man ihm schon Millionenbeträge geboten. Nicht aber dieser angenommene oder tatsächliche Wert macht den Wissenschaftlern so viel Freude an diesen seltenen Insektenspuren, sondern der Umstand, daß man aus ihnen wieder ein ganz neues und nicht geringes Stück Erkenntnis gewinnen kann aus den frühen Tagen unserer alten Welt, aus der Umgebung, in der die ältesten Vorfahren unseres Geschlechtes lebten.

Walter Appelt:

Was ist ein Mädchen?

Babba, was ist ä Mädchen?

— Du wilst mich wohl zeräbbeln?

Nea, Was ist ä Mädchen?

— Das weesde doch. Das weesde doch ganz genau!

Awr du kenndest mirs ruhig mal sagen. Ich frage nämlich aus emm ganz beschämmden Grunde.

— Also meindwegen. Äe Mädchen — ja, wie soll ichn das sagen? Äe Mädchen, das ist — — — — — mit, ähm ä Mädchen. S Gegen-deil von emm Buhm. Äe Schulmädlel.

So, das wölsde ich heern. Äe Mädchen, das ist also ä Schulmädchen. Ann nu muß ich dich noch was fragen! Da bin ich awr sehr geschpannt auf deine Antwort: Was ist ä junges Mädchen?

— Wie du bloß off solche komische Fragen kommst. Äe junges Mädchen, das ist ems, was aus de Schule ist. Schon halb um halb ä Freilein.

Stlbe, das wölsde ich ooch heern. Das habb ich nämlich schon gemußt, daß du das sagst.

— Da häbbde mich doch nich erscht zu fragen drauchen.

Oia. Das ist nämlich sehr indressant.

— Was denn? Da find ich nich ändressantes drbei.

Awr ich, daß nämlich emne weibliche Berjohn sozusagen immer jünger werd.

— Was soll du das heessen? Junge, schdrenng doch nich mit solchen Schbissindigkeitiden unneedj dein Geist an!

Nu, lewrtleg drsch doch mal: Erscht ist ä Mädchen ä Mädchen, bloß so, eesach ä Mädchen, weider nichcht. Ann wenn se älter werd, da isse off eemal ä junges Mädchen. Das zeräbbel ich nämlich nich. Ann das solst du mir mal erklärr.

— Was gibbds denn da zu erklärr? Das ist nu eemal so.

Awr das ist doch se'richt. Fündde nich ooch? Äe Mädlel kann doch nich blehlich jung sein, unn forder war se nich.

— Radlerlich war die erscht ooch schon jung. In Gegen-deil, da war se doch sogar noch jünger.

No also. Da mülsde das doch grobe umgefahrt heessen.

— Da holde schon recht. Awr ich kann doch ooch nich drigg, daß das nich so ist.

Wer beschämmdn das?

— Das wech doch ich nich.

Ich denke, das beschämmdt ihr Großen. Ihr lücht doch sonst immer so geschick in allen.

— Du, wer nich tresh!

Nu, siß doch wahr! Wemmer sich so reden heert . . .

— Doch ich dir nu nich noch boar neinhau!

Das sieht dir schon ähnlich. Awr weesde, was das wär? Das wär ä Eingeshdändnis, daß du nich mit geißdigen Waffen kämnen kannst . . .